

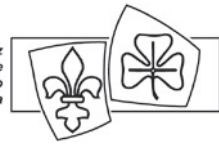
Positionierung der PBS zu aktuellen politischen & gesellschaftlichen Themenfeldern

17. Gilwellstamm - Gilwellprojekt 2011/12



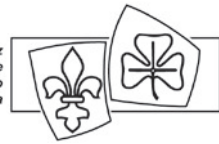
Gina Kalt v/o Duffy
Benz Christen v/o Husky
Thomas Hirt v/o Kirk





Inhalt

Vorwort	3
Projektauftrag	4
Grundlagen.....	5
Politische & Gesellschaftliche Themen	10
Entscheidungsfindung	11
Entscheidungsbaum der KoExKo	11
Unser Entscheidungsraaster	12
Kursumfrage	13
Präzisierung einiger Themenfelder	14
Jugendpartizipation.....	15
Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren	17
Anerkennung non formaler Bildung	19
Jugendarbeitslosigkeit	21
Jugendurlaub	24
Homo- und Bisexualität.....	36
Drogenfreigabe	39
Alkoholkonsum	41
Jugendgewalt.....	43
Prävention von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche.....	46
Wehrpflicht.....	50
Atomausstieg	53
Zusammenfassung.....	56
Ausblick	57
Projektbericht	58
Kontaktinformationen	60
Quellen	61
Literaturverzeichnis.....	61
Internetquellen	61



Vorwort

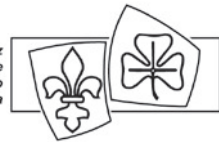
Man hört immer, die Pfadi sei eine politisch- und religionsneutrale Organisation. Wir sind der Meinung, dass stimmt nicht! Die Pfadi und vor allem auch die Pfadibewegung Schweiz (PBS) ist vielmehr eine politisch- und religionsunabhängige Organisation.

Das bedeutet, dass die Pfadi zwar offen für alle ist, egal auf welcher politischen oder religiösen Seite ihre Mitglieder stehen, es ist aber ebenso wichtig, dass die PBS eine eigene Meinung zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen hat und diese auch vertritt. Ganz generell kann man aber nicht sagen, dass sie PBS sich für alle Themen gleichermaßen stark machen sollte. Dazu fehlen der PBS sowohl die Ressourcen, als auch die Kompetenzen. Hinzu kommt, dass die PBS nicht alle Themen gleichermaßen betreffen.

In dieser Gilwellarbeit geht es darum, aktuelle politische und gesellschaftliche Themenfelder zu analysieren und Möglichkeiten vorzuschlagen, wo und wie (in welchem Ausmaß) die PBS eine Position oder Haltung entwickeln sollte und wie sie sich weiter mit dem jeweiligen Themen auseinandersetzen könnte.


Dazu haben wir uns Gedanken gemacht wie man herausfindet, welche Themen für die PBS wirklich relevant sind (Entscheidungsraster) und haben einige aktuelle politische und gesellschaftliche Themen genauer unter die Lupe genommen. Wir haben dabei versucht zu ergründen, ob und welche Haltung / Position die PBS zum jeweiligen Thema einnehmen sollte und wie sich diese auf der Basis unserer Grundlagen und Werte begründen lassen würde. Oft haben wir dafür neben unseren eigenen Dokumenten (Pfadiprofil, Statuten, Haltungspapiere, etc.) auch externe (UN-Charta, SAJV Haltungspapiere, etc.) berücksichtigt.

Diese Arbeit sollte als internes Arbeitsdokument für die PBS die strategische Planung auf Verbandsebene sowie die operative Arbeit der Kommunikation unterstützen.

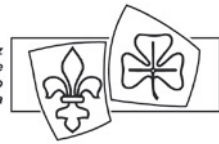


Projektauftrag

Dies ist der Projektauftrag, so wie wir ihn von unserer Auftraggeberin Zora im Gilwellkurs erhalten haben:

	Gilwellkurs 2011
<i>Positionierung der PBS zu aktuellen politischen & gesellschaftlichen Themenfeldern</i> <i>Positionement du MSdS sur des thème d'actualité de la politique & de la société</i>	
Kontaktpersonen	
Kontaktperson der PBS: Andrea Adam / Zora (031 328 05 43)	
Kontaktperson im Kurs:	
Projektbeschrieb/Ausgangslage	
Das Projekt befasst sich mit der Frage: Wie soll sich die PBS zu konkreten politischen und gesellschaftlichen Fragen positionieren? Bei welchen Themen soll sich die PBS positionieren, und was wäre eine sinnvolle Position?	
<ul style="list-style-type: none">⤴ Jugendpartizipation: Stimm-/Wahlrecht ab 16 Jahren, etc.⤴ Jugendarbeitslosigkeit⤴ Anerkennung non formaler Bildung⤴ Jugendurlaub (und dessen Probleme bei der Gewährung in der Praxis)⤴ Chancengleichheit für Jugendliche mit Migrationshintergrund⤴ Sans-Papiers (Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche)⤴ Homosexualität / Bisexualität⤴ Drogenfreigabe (harte/weiche Drogen)⤴ Alkoholkonsum⤴ Jugendgewalt⤴ Prävention von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche⤴ Stipendieninitiative⤴ Wehrpflicht⤴ Abschaltung von Atomkraftwerken <i>nicht abschliessende Aufzählung von Beispielen</i>	
Die jeweiligen Positionierungen sollen auf den strategischen und ideellen Vorgaben aus den übergeordneten Führungs- und Strategiedokumenten und Positionierungen (Statuten, Leitbild, Strategiepapiere, Pfadiprofil, Haltungspapiere, etc.) beruhen resp. sich daraus ableiten lassen.	
Bedürfnisse und Ziele der PBS in diesem Projekt	
Prüfung einer möglichen einer Haltung seitens der PBS zu einzelnen oben aufgeführten Themenfeldern – soll die PBS zum jeweils genannten Thema Position beziehen? Falls ja, wieso? Welche Risiken beinhaltet die Positionierung? Wenn nein, wieso nicht?	
Wichtig ist, dass die formulierte Haltung auch für die externe Kommunikation (Nicht-Pfadi Umfeld) verwendet werden kann. Sie soll also nicht in einer nur für Pfadis verständlichen „Fachsprache“ formuliert sein.	
Unterlagen und Hilfsmittel	
<ul style="list-style-type: none">⤴ PBS-Dokumente: Statuten, Leitbild, übergeordnetes Ziel 2020, Strategiepapiere, Pfadiprofil, Haltungspapiere, Präventionsstrategie.⤴ evtl. Positionspapiere der SAJV, dem DOJ und weiteren Austauschpartnern im Bereich Kinder- und Jugendarbeit (Pro Juventute, Netzwerk Kinderrechte, Kinderlobby Schweiz...)	
Erwünschte Vorkenntnisse im Projektteam	
Kontakt mit Strategieprozess der PBS von Vorteil.	

Grundsätzlich haben wir uns ziemlich genau an diesen Auftrag gehalten. Dennoch war es eine Herausforderung, ein gemeinsames Verständnis für diese Problemstellung zu entwickeln.



Grundlagen

Die Ansicht, die PBS dürfe keine politische Meinung unterstützen oder gar bilden, ist durchaus berechtigt. Eine Position zu beziehen birgt immer auch die Gefahr, sich zu exponieren und sich damit allenfalls bei unterschiedlichen Akteuren in ein schlechtes Licht zu stellen. Das kann zu weitreichenden Konsequenzen in der Zusammenarbeit führen. Die Grundlagen fordern die Mitglieder aller Stufen aber klar dazu auf, ihr Umfeld mitzugestalten. Mitgestalten nicht nur innerhalb des Verbandes, sondern auch ausserhalb. Pfadfinder zu sein bedeutet besonders aus der Perspektive der BiPi-Tradition, ein Ideal zu leben, das nicht ohne weiteres abgestreift werden kann. Wie dieses Mitgestalten aussieht und welche Grundlagen dazu auffordern, soll in diesem Kapitel dargestellt werden.

Mitbestimmen und Verantwortung tragen

Die Pfadi weltweit und in der Schweiz besonders legt Wert auf die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Diese Mitbestimmung bedeutet, sich aufgrund seiner Überzeugung zu engagieren. Da es verschiedenste Überzeugungen gibt, ist es in einer demokratisch geprägten Gesellschaft üblich, sich mit Gleichgesinnten zu verbünden und die zu Verfügung stehenden politischen Mittel zu nutzen. Die politische Bildung im Sinn von Entwicklung eines demokratischen Grundverständnisses ist folglich unumgänglich und wird in den Strukturen der PBS auf allen Stufen gefördert. Die Grundlagen fordern alle Mitglieder auf, sich in der Gemeinschaft zu engagieren. Die Gemeinschaft beschränkt sich aber nicht auf das Rudel, den Stamm oder die Abteilung. Sie umfasst pfadiintern auch den Kantonalverband und die Bundesebene sowie verschiedene Einheiten, welche in unterschiedlichen Formen mit der PBS zu tun haben. Extern sind es die diversen Gemeinschaften, in welchen die Pfadi Leben: Familie, Clique, andere Vereine, politische Gemeinden, Interessengruppen und Arbeitsplatz oder Schule. Im Versprechen heisst es deshalb:

„Ich will mein Möglichstes tun und mich in jeder Gesellschaft einsetzen, in der ich lebe“

Sobald innerhalb des Verbandes Stimmen laut werden, die eine politische Mitwirkung per se ablehnen, geschieht dies mit der Begründung „die Pfadibewegung ist eine religiös und politisch neutrale Jugendbewegung“, einem Zitat aus dem Kapitel 2 „Unsere Absicht: Pfadi für alle“ des Pfadiprofils.

Das Wort neutral oder Neutralität (von lat.: *ne-uter* wörtlich: „keiner von beiden“; Verwendung im Sinne von: „unparteiisch, geschlechtslos, ungeladen, ausgewogen“) bezeichnet, nicht zwingend eine passive Haltung, sondern beschreibt eine Unabhängigkeit, die je nach Situation aktiv interpretiert und gestaltet werden kann. Mit Situation sind verschiedene aktuelle politische Entwicklungen gemeint, die den Verband direkt oder indirekt betreffen. Was das sein kann wird Inhalt der folgenden Kapitel sein. Erst einmal soll es aber zurück zur Ursprungsfrage gehen: Welche Dokumente fordern überhaupt zu politischem Engagement auf?

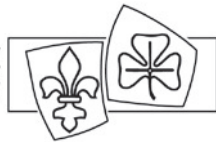
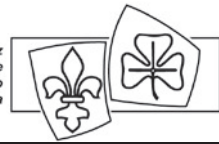


Abbildung 1: Uns entscheiden und Verantwortung tragen



Leitbild:

Gemeinnützig engagieren wir uns für die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Wir leisten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Welt. Besonderen Wert legen wir auf die Kinder- und Menschenrechte sowie den respektvollen Umgang mit der Natur.

Abbildung 2: Leitbild

Statuten

3. Allgemeine Standpunkte

- e) Sie fördert die Mitwirkung der Jugend in der Gesellschaft und achtet darauf, dass junge Menschen an ihren Entscheidungsprozessen teilnehmen.

Art. 21 Verantwortung und Aufgaben

¹ Die Pfadibewegung Schweiz beachtet in allen Aktivitäten die in Art. 1 der Statuten festgelegten Zielsetzungen und Verpflichtungen.

² Zu den Aufgaben, welche die PBS auf Bundesebene wahrzunehmen hat, gehören:

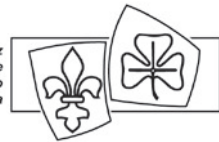
- k) das Eintreten für Anliegen im Bereich der Jugendpolitik auf Bundesebene,

Abbildung 3: Statuten

Übergeordnetes Ziel für 2020:

Die Gesellschaft erlebt die Pfadi in der Schweiz als Kinder- und Jugendbewegung, welche Werte vermittelt und Fähigkeiten fördert. Die Qualität unserer Aktivitäten verbessert sich stetig dank unserer Kompetenz, uns für andere zu öffnen und von ihnen zu lernen.

Abbildung 4: Übergeordnetes Ziel



Strategiepapier 3: Gesellschaft

2.3 Entwicklungsschwerpunkt 3

a) Absicht

Lobbyieren soll zu einer wesentlichen Kompetenz der Pfadi in der Schweiz weiterentwickelt werden. Dabei geht es nicht um Lobbyieren als Selbstzweck, sondern um eine Supportfunktion zur Erfüllung der anderen Ziele. Schliesslich erwarten wir, dass Gesellschaft/Politik/Wirtschaft uns unterstützen und unsere Positionen übernehmen.

b) Inhalt und Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts

Als Verband selber an der Umsetzung von politischen Themen vorne mit dabei zu sein (Kinderrechte, Gleichstellung) und diese Vorreiterrolle auch in der Kommunikation nach aussen betonen. "Pfadi geht mit gutem Beispiel voran." Daher werden in der Pfadibewegung in der Schweiz die Kinderrechte bei den Kindern und Jugendlichen explizit thematisiert.

Als Sprachrohr für die Jugend muss die Pfadibewegung zu kinder- und jugendpolitischen Themen Stellung nehmen und dies auf allen Ebenen: lokal, kantonal und national. Als Orientierung hierzu dienen die Kinder- und Menschenrechte, das Leitbild und die Grundlagen der PBS.

Abbildung 5: Strategiepapier 3 - Entwicklungsschwerpunkt 3

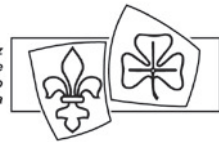
Pfadiprofil

2. Unsere Absicht: Pfadi für alle

Die Pfadibewegung ist eine religiös und politisch neutrale Jugendbewegung, die alle Kinder und Jugendlichen anspricht. In Kapitel 1 wurde die Basis der Pfadi-Pädagogik vorgestellt. Im nun folgenden Teil wird weiterführend dargestellt, dass die Aktivitäten und Lager für alle zugänglich sind, aber den individuellen Bedürfnissen angepasst werden. Im Zentrum steht die einzelne Person mit ihren Bedürfnissen, die geprägt sind von Alter, Geschlecht, Kultur, körperlichen und geistigen Möglichkeiten. So wird als erstes das Stufenmodell beschrieben, das die altersbedingten Bedürfnisse aufnimmt, anschliessend werden Grundsätze zur Chancengleichheit der Geschlechter und zur Integration von Menschen mit Behinderungen bzw. von Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund definiert.

Abbildung 6: Pfadiprofil

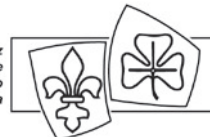
Neben diesen für alle Stufen gültigen Dokumente, gibt es bei den Methoden ebenfalls Hinweise: Mitbestimmen und Verantwortung tragen, ist nur eine, jedoch wohl die wichtigste. In welchen politischen Bereichen diese Mitbestimmung und somit das Übernehmen von Verantwortung wichtig ist, soll in den nächsten Kapiteln gezeigt werden.



Dass ein Engagement von der PBS und ihren Teilnehmenden gefordert ist, wird aus den oben stehenden Dokumenten klar. Wie dieses Engagement aber aussehen kann oder gar soll, ist nicht konkret zu erfahren. In dieser Arbeit wird bei den Empfehlungen zwischen den Begriffen „Haltung“ und „Position/ Positionierung“ gesprochen. Darunter soll folgendes verstanden werden:

Haltung: Einstellung, Ideologie, Überzeugung innerhalb des Verbandes

Position: aktiv nach aussen kommunizierte Haltung, die in einem Verhältnis zu Haltungen anderer Interessengruppen steht



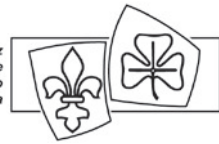
Politische & Gesellschaftliche Themen

In Anlehnung an die Departemente der Bundesverwaltung, werden im Folgenden die im Projektauftrag genannten sowie weitere politische und gesellschaftliche Themenfelder aufgezählt, welche für die PBS von Bedeutung sein können.

Datenschutz	Innenpolitik	Justiz- /Polizeiwesen	Verteidigung, Bevölkerungs- schutz, Sport	Finanzen	Wirtschaft	Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation
<ul style="list-style-type: none"> • Datenschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Stipendien • Drogen • Homo- /Bisexualität • Gleichstellung Mann-Frau • Kinderbetreuung (soz. Integration) • Abtreibung • Bildung • Jugend- partizipation • Gesundheit • Anerkennung non-formaler Bildung 	<ul style="list-style-type: none"> • Prävention von Straftaten... • Jugendgewalt • Sans-Papiers • Migration • Regelung d. Geldspiele (Lotteriefonds...) • Jugendgewalt 	<ul style="list-style-type: none"> • Wehrpflicht • Neue Kampfsports 	<ul style="list-style-type: none"> • Alkohol <p style="text-align: center;">*</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendurlaub • Jugendarbeits- losigkeit <p style="text-align: center;">*</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Atomausstieg • erneuerbare Energien • Tierrechte • Raumplanung

Abbildung 7: Weitere Themenfelder

Hier abgebildet ist ein Versuch, die im Projektbeschrieb vorgegebenen Themen nach politischen Bereichen zu verorten. Wir haben die Themen intuitiv um einige weitere ergänzt. Wo sich die PBS politisch noch engagieren sollte, ist zu einem grossen Teil auch abhängig davon, wie man die Grundlagen der Pfadibewegung interpretiert und welches Verständnis man von den vorhandenen Führungs- und Strategiedokumenten hat. Daher ist dies nur eine Übersicht ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Erstellung dieser Übersicht haben wir uns auf die Angaben von www.vimentis.ch und der Publikation „Der Bund kurz erklärt“ der Bundeskanzlei (S. 44/45) gestützt. Vimentis.ch bezeichnet sich selber als neutrale Schweizer Politikplattform.



Entscheidungsfindung

Es gibt so viele Gesellschaftliche und Politische Themenfelder, die wirklich interessant sind. Die PBS kann und sollte sich nicht mit allen befassen. Deshalb haben wir uns überlegt, wie die PBS entscheiden könnte, mit welchen der aktuellen Themen sie sich auseinandersetzen sollte und mit welchen nicht. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten:

Entscheidungsbaum der KoExKo

Die Kommission für Externe Kontakte (KoExKo) hat einen „Entscheidungsbaum“ entwickelt, mit dessen Hilfe die Wichtigkeit eines kinder- und jugendpolitischen Themas für die PBS bestimmt werden kann und der eine Entscheidungshilfe bietet, ob ein Thema bearbeitet werden soll oder nicht, sowie wer dies gegebenenfalls tun sollte.

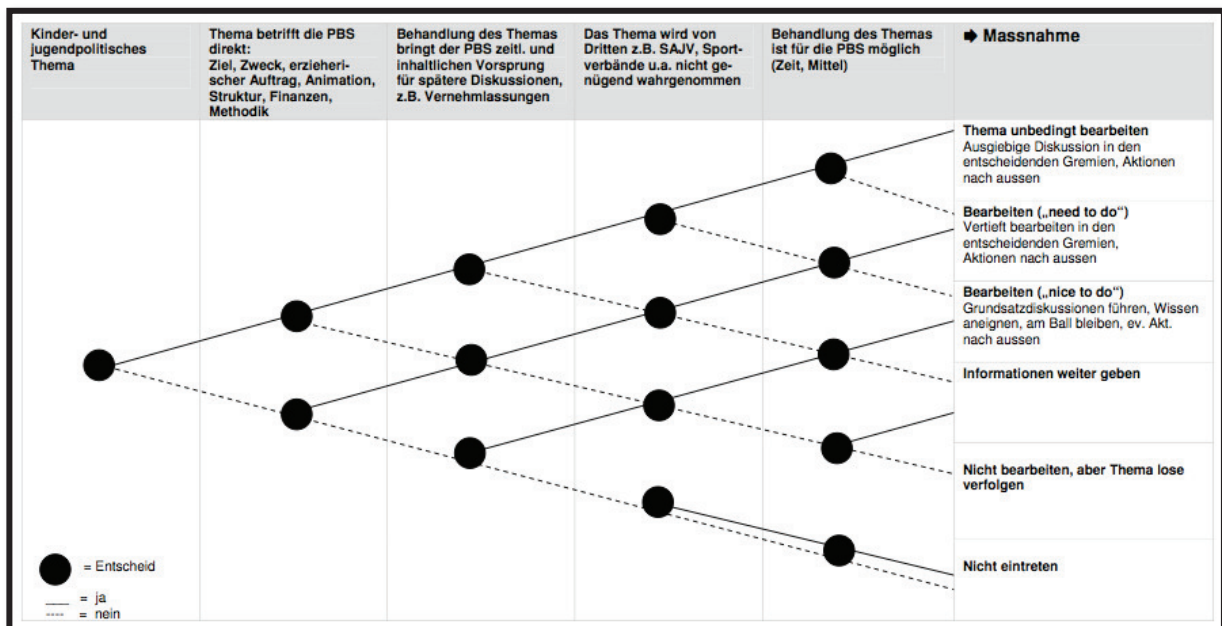
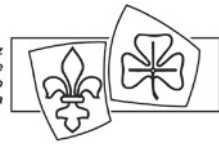


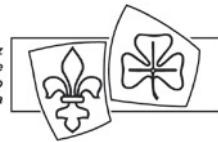
Abbildung 8: Entscheidungsraaster für politische Aktivitäten



Unser Entscheidungsraster

Da wir das Gefühl hatten, dass bei dem „Entscheidungsbaum“, welches die KoExKo benützt, einige relevante Punkte fehlen oder die Antworten bereits zum vorhinein klar sind, haben wir kurzerhand unser eigenes „Entscheidungsraster“ entwickelt. Man beantwortet 8 fragen und wählt die Antwort aus den 4 Vorschlägen aus, auf welche das Thema am besten zutrifft. Am Ende addiert man die Summe der Antworten und erhält einen Vorschlag für das weitere Vorgehen:

Wie betrifft das Thema Kinder und Jugendliche?	Wie wird das Thema von anderen Org. wahrgenommen?	Wie betrifft das Thema die Strukturen / Organisation der PBS?	Wie betrifft das Thema die strategischen Ziele der PBS?	Das Thema betrifft die Werte und Grundlagen (Inhalte) der PBS?	Erwartungen der Gesellschaft an eine Position der PBS?	Erwartungen der Mitglieder an eine Position der PBS?	Wie ist das Risiko einer Positionierung zu diesem Thema?	Resultat
Nicht handeln schadet Kinder und Jugendliche	Niemand beachtet das Thema ausser der PBS	Nicht Positionierung gefährdet direkt die operativen Tätigkeiten	Nicht Positionierung gefährdet direkt die strategischen Ziele der PBS	Konflikt mit ein oder mehreren punkte unserer Grundlagen	Die Gesellschaft verlangt eine Positionierung der Pfadi zu diesem Thema	Eine Mehrheit der Mitglieder ist für eine Positionierung (70-100%)	Eine Positionierung birgt keinerlei Risiken für die PBS	26 – 32 Thema dringend bearbeiten
Betrifft Kinder und Jugendliche direkt.	Das Thema wird auch von anderen Organisationen aufgegriffen	Es werden grössere Umstrukturierungen notwendig werden	Anpassungen der aktuellen Strategischen Ziele werden notwendig	Nicht Positionierung gefährdet einzelne Punkte unserer Grundlagen	Die Gesellschaft würde eine Positionierung der Pfadi zu diesem Thema begrüssen	Ein Grossteil der Mitglieder ist für eine Positionierung (50-70%)	Die PBS ist gewillt die entstehenden Risiken in kauf zu nehmen	21 - 25 Thema bearbeiten (need to do)
Könnte Kinder und Jugendliche interessieren	Das Thema wird von Partnerorganisationen der PBS aufgegriffen	Das Thema könnte die Organisation in Zukunft gefährden	Zukünftige Ziele müssen entsprechend angedacht werden	Tangiert unsere Grundlagen nur am Rande	Die Gesellschaft erwartet keine Positionierung der Pfadi zu diesem Thema	Ein Teil der Mitglieder wünscht eine Positionierung (30-50%)	Es besteht das Risiko sich „Feinde“ zu schaffen	16 – 20 Bei Gelegenheit bearbeiten (nice to do)
Tangiert Kinder und Jugendliche nur am Rande	Das Thema wird von verschiedenen Stellen bearbeitet	Das Thema betrifft die operativen Tätigkeiten der PBS nicht	Das Thema betrifft die Strategischen Ziele der PBS nicht	Es ergeben sich keine Konflikte mit unseren Grundlagen	Die Gesellschaft kann keine Verbindung zwischen Thema und der Pfadi sehen	Die Mehrheit der Mitglieder hat keine Meinung/ kein Interesse am Thema	Gefährdung der Politische oder Religiöse Unabhängigkeit der PBS	11 - 15 Thema verfolgen, aber nicht bearbeiten
Betrifft Kinder und Jugendliche überhaupt nicht	Das Thema wird von vielen Stellen ausgiebig bearbeitet	Handeln gefährdet direkt die operativen Tätigkeiten	Positionierung gefährdet direkt die strategischen Ziele der PBS	Positionierung würde Grundlagen zuwiderlaufen	Die Gesellschaft würde eine Positionierung der Pfadi zu diesem Thema als Negativ bewerten	Eine Mehrheit der Mitglieder lehnt eine Positionierung klar ab (>50%)	Gefährdung von Mitgliedern und Material	0 – 10 Thema nicht verfolgen und auch nicht bearbeiten
4								
3								
2								
1								
0								

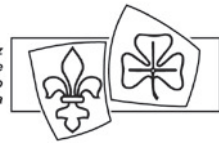


Kursumfrage

Nebst diesen beiden Entscheidungshilfen haben wir uns überlegt, wie sich die Mitglieder der PBS zu diesen Themenfeldern äussern würden? Wir waren der Meinung, man müsste auch berücksichtigen, ob die Mitglieder eine Haltung/Position der Verbandsleitung zu den behandelten Themen erwarten würden. Darum haben wir noch während dem Gilwellkurs eine kleine Umfrage gestartet. Wir glauben, die Teilnehmer des Kurses repräsentieren einen guten Teil der PBS, da sie aus Personen von unterschiedlichen Sprachregionen, Geschlechtern, Altersgruppen und Aufgabengebieten zusammengesetzt waren. Nachstehend ist die Auswertung der Umfrage dargestellt, bei der wir die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer zu den in der Aufgabenstellung genannten Themen befragt haben:

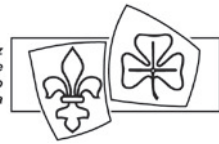
Thema	Nicht Einmischen	Nicht bearbeiten, aber Thema losverfolgen	Informationen Weitergeben	Bearbeiten (Nice to do)	Bearbeiten (Need to do)	Thema unbedingt bearbeiten	Total
Jugendpartizipation (Stimm-/Wahlrecht ab 16)	10	4	2	2	1	0	19
Anerkennung von non-formaler Bildung	11	5	1	1	1	0	19
Jugendurlaub	0	2	2	4	1	12	21
Chancengleichheit für Jugendliche mit Migrationshintergrund	0	0	0	8	5	7	20
Sans Papiers	7	3	5	4	2	1	22
Homosexualität / Bisexualität	15	0	5	1	0	0	21
Drogenfreigabe (Harte / Weiche Drogen)	15	7	2	0	0	0	24
Alkoholkonsum	14	7	2	0	0	0	23
Jugendgewalt	3	2	4	5	4	2	20
Prävention von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche	9	2	6	1	8	2	28
Stipendien initiative	4	2	0	8	5	1	20
Wehrpflicht	15	3	0	0	0	1	19
Abschaffung von Atomkraftwerken	14	5	2	0	0	1	22
Jugendarbeitslosigkeit	13	4	3	1	0	0	21

Diese kleine, nicht ganz repräsentative Umfrage zeigt deutlich, dass sich die meisten unserer Teilnehmer nur bei sehr wenigen Themenfeldern eine aktive politische Einmischung (Position) der PBS wünschen würde. Die meisten fanden sogar, die PBS sollte gar nicht politisch aktiv werden, wenn keine akute Gefahr für die operative Tätigkeit der PBS bestünde.



Präzisierung einiger Themenfelder

Im Folgenden Kapitel versuchen wir die vorgegebenen politischen und gesellschaftlichen Themen zu analysieren und zu bearbeiten. In diesem Hauptteil unserer Gilwellarbeit möchten wir unsere Empfehlungen ausdrücken, welche Position oder Haltung die PBS zu dem jeweiligen Themengebiet einnehmen könnte. Grundsätzlich sind wir bei allen Themenfeldern immer gleich vorgegangen und haben jeweils zu folgenden Punkten Gedanken gemacht: *Definition* des Themas, *Analyse / Vgl. Quellen*, *Bewertung* / Entscheidung ob das Thema bearbeitet werden sollte, *Vorteile* einer Positionseinnahme, *Risiken* einer Positionseinnahme und am Ende die mögliche *Position / Empfehlung* zum jeweiligen Thema.



Jugendpartizipation

Definition

Jugendpartizipation beschreibt das Recht des Kindes, seine Meinung zu allen seine Person betreffenden Fragen oder Verfahren zu äussern und gewiss zu sein, dass diese Meinung auch mitberücksichtigt wird.

Jugendpartizipation steht für die Beteiligung, Teilnahme und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozessen auf unterschiedlichen Niveaus, die sie direkt oder indirekt betreffen. Dies kann im eigenen Verein, in der Nachbarschaft, der Gemeinde, auf Provinzebene, auf nationalem und internationalem Niveau (UNO, internationale Organisationen) sein.

Jugendpartizipation setzt immer voraus, dass Jugendliche einen gewissen Freiraum haben und die Mittel, das Wissen und der politische und gesellschaftliche Wille vorhanden sind, Jugendliche in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Partizipationsprojekte für Jugendliche fördern deren Wissen und Fähigkeiten und befähigen sie, am öffentlichen Leben teilzunehmen, für ihre Rechte einzustehen und ihre Pflichten zu erfüllen. Gleichzeitig ist aber auch Sensibilisierungsarbeit bei den Erwachsenen (staatliche und nicht staatliche Akteure) eine Grundvoraussetzung, um Jugendpartizipation konstruktiv und nachhaltig umzusetzen. Jugendpartizipation erlaubt es, die Prinzipien der Demokratie, Verantwortung und Ownership effektiv umzusetzen.¹

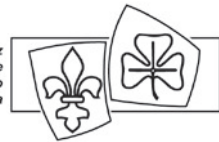
Analyse / Vgl. Quellen

Wer als Kind erlebt, dass seine Meinung Gewicht hat und angehört wird, wird sich auch als Erwachsener politisch engagieren und so seinen Beitrag in der Gesellschaft leisten.

Das Pfadigesetz verpflichtet zum Mitbestimmen und Verantwortung tragen.

Das Ausbildungsmodell zeigt, dass mit den Zielen „kennen das Abenteuer als Form der Mitbestimmung auf der Wolfsstufe sowie Möglichkeiten, dieses ins Programm zu integrieren“ und „kennen das Projekt als Form der Mitbestimmung auf der Pfadistufe sowie Möglichkeiten, dieses ins Programm zu integrieren“ bereits die jungen Pfadis zur Partizipation angehalten werden.

¹ SAJV



Welche Kompetenzen dabei erworben werden, beschreibt das Leitbild.

Pfadibewegung Schweiz
Mouvement Scout de Suisse
Movimento Scout Svizzero
Moviment Battasendas Svizra

In attraktiven, für alle offenen Aktivitäten erwerben die Pfadi VIELFÄLTIGE KOMPETENZEN

Unsere Pfadigruppen sind lokal verankert und gestalten ihre eigene Identität. Wir setzen uns mit unserer eigenen Kultur auseinander, interessieren uns für die Kultur der anderen und respektieren diese.

In diesem Umfeld lernen wir, selbst aktiv zu sein, Verantwortung zu übernehmen und für andere einzustehen. Das gemeinsame Leben in der Natur und Sport treiben machen uns Spass. Spiele sowie Rituale und Traditionen zählen ebenso zu unseren Methoden, die uns in unserem persönlichen Fortschritt fördern.

Bereits Kinder übernehmen Verantwortung für sich und für kleine Gruppen. Die eigenständigen, altersdurchmischten Gruppen werden von Jugendlichen geleitet, die eine breite, anwendungsorientierte Ausbildung durchlaufen haben.

Pfadi ist, in der GEMEINSCHAFT das Leben zu erlernen.

Leitbild der Pfadi in der Schweiz
2013.02.de

Abbildung 9: Leitbild der Pfadi in der Schweiz

Bewertung

Die Pfadi lebt Partizipation auf allen Stufen und zeigt immer wieder von neuem zu welchen enormen Leistungen und Engagements Jugendliche in der Lage sind, wenn ihnen der entsprechende Freiraum zugestanden wird.

Sowohl das Raster der KoExKo als auch unser ergeben, dass es „need to do“ wäre, sich mit diesem Thema auseinander zusetzen. Die Gilwellumfrage hingegen befürwortet ein das „nicht einmischen“.

Vorteile

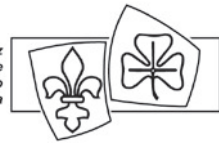
Die Arbeit der Pfadi ist so bekannt, dass es genügt darauf aufmerksam zu machen, wer diese leistet beziehungsweise wie die Kompetenzverteilung aussieht.

Risiken

Es ist nicht möglich eine generelle Einschätzung der Risiken zu machen, solange die Thematik nicht klar definiert ist.

Position/ Empfehlung

Die PBS ist überzeugt und erfährt in ihrer täglichen Arbeit, dass bereits Kinder und Jugendliche in der Lage sind, ein grosses Mass an Verantwortung für sich und ihre Umgebung zu übernehmen. Sie unterstützt deshalb das Anliegen der SAJV. Eine Stellungnahme ist nur für konkrete Themen (vgl. Simm- und Wahlrecht ab 16 Jahren) möglich.



Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren

Definition

Als Sprachrohr von über 500'000 in den schweizerischen Jugendorganisationen zusammengeschlossenen Jugendlichen unterstützt die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) aktiv die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16 auf kantonaler wie auf nationaler Ebene.

Eine frühzeitige Mitsprache zu ermöglichen, ist aus Sicht der SAJV wichtiger, als die Bedenken, dass das Recht nicht überdurchschnittlich genutzt werden könnte. Die Einführung von Stimmrechtsalter 16 ist (neben anderen Mitwirkungsformen) ein wirkungsvolles Mittel, der jungen Generation die aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Entwicklungen zu ermöglichen und sie für die Übernahme von politischer Verantwortung zu motivieren. Selbst wenn nicht alle Jugendlichen dieses Recht auch ausüben werden - wie dies auch viele Erwachsene nicht tun - bringt die Einführung von Stimmrechtsalter 16 aus Sicht der SAJV keinerlei Nachteile.

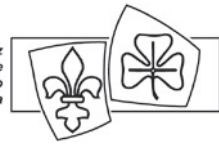
Entscheidend ist, dass die Mehrheit der 16- bis 17-jährigen fähig ist, ihre und die Interessen anderer zu beurteilen. Jugendliche müssen mit 16 Jahren oftmals weitreichende und wegweisende Entscheide fällen, etwa über ihre berufliche Zukunft oder ihre Ausbildung. Sie haben die obligatorische Schulzeit abgeschlossen und tragen juristische Rechte und Pflichten. Wenn es jedoch um die Mitbestimmung und Zukunftsgestaltung auf politischer Ebene geht, misst man den Jugendlichen ein tieferes Verantwortungsbewusstsein bei und hält sie von der Ausübung eines zentralen Grundrechts fern. Wer von staatlichen Regelungen betroffen ist, soll auch mitreden und mitbestimmen können.

Nur wer mitbestimmen kann, ist ein proaktives Mitglied der Gesellschaft. Bereits mit 13, 14 Jahren erwacht das Interesse der Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Fragen. Diesem Interesse sollte dann geantwortet werden, wenn es aktuell ist, denn: Nur wer mitbestimmen kann, denkt in der Gesellschaft auch aktiv mit, wird mit den politischen Regeln vertraut, übernimmt Verantwortung - und fühlt sich schliesslich ernst genommen.

Die richtige Mischung macht den Unterschied.

Um das Potential der Option Stimmrechtsalter 16 optimal nutzen zu können, muss in verschiedenste Formen der Mitwirkung investiert werden: Eltern, Schulen, Jugendarbeit, Gemeinden und Kanton stehen gleichermassen in der Pflicht. Es gilt weiter auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene eine wirkungsvolle Kinder- und Jugendpolitik unter Einbezug dieser Dialoggruppe zu entwickeln – dies würde einer konsequenten Umsetzung der Kinderrechtskonvention entsprechen. Die Möglichkeit, ab 16 Jahren das aktive Stimmrecht ausüben zu können, ist geeignet, diesem Ziel nachleben zu können. Aus einer möglichst frühen aktiven Beteiligung der Jugend ergeben sich verschiedenste positive Aspekte für die gesellschaftliche Einbindung und die politische Bildung der jungen Generation.²

² SAJV



Analyse / Vgl. Quellen

Sollen Jugendliche mehr Rechte bekommen, heisst das gleichzeitig auch, dass sie mehr Macht erhalten. Dies wiederum bedeutet, dass jemand Macht verliert oder die Jugendlichen für fremde Zwecke instrumentalisiert werden können. Das löst Angst und entsprechend eine Abwehrhaltung aus.

Gleichzeitig können mehr Leute als Entscheidungsträger fungieren. Sie müssen informiert werden und Zugang zu Wahlbüros haben. Der organisatorische und somit auch finanzielle Aufwand steigt.

Bewertung

Pfadis sind durch die auf den verschiedenen Stufen gelebten Formen von Partizipation sicher überdurchschnittlich gut ausgebildet in der Gestaltung von politischen Prozessen. Es ist ihnen zuzutrauen, sich über den Verband hinaus für ihre Anliegen als verantwortliche Bürger mit Stimm- und Wahlrecht einzusetzen.

Sowohl das Raster der KoExKo als auch unser ergeben, dass es „nice to do“ wäre, sich mit diesem Thema auseinander zusetzen. Die Gilwellumfrage hingegen befürwortet ein „nicht einmischen“.

Vorteile

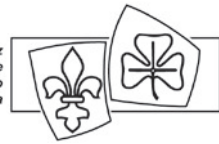
Die PBS bekommt die Möglichkeit, aufzuzeigen wie politisch der Verband aufgebaut ist und welche Entscheidungen bereits jungen Mitgliedern übertragen werden. Sie kann kommunizieren wie politische Bildung auch aussehen und für viele attraktiv gestaltet werden kann.

Risiken

Besonders konservative Kreise sehen in Kindern gerne unmündige Menschen. Sie befürchten ihren Machtanspruch nicht mehr durchsetzen zu können. Es werden Horrorszenarien beschrieben werden, die beschreiben wie kleine Kinder die Macht in ganzen Städten übernehmen und den Finanzhaushalt völlig ruinieren. Der politische Kampf kann also hart werden und viele Ressourcen fressen.

Position/ Empfehlung

Die PBS ist überzeugt und erfährt in ihrer täglichen Arbeit, dass bereits Kinder und Jugendliche in der Lage sind, ein grosses Mass an Verantwortung für sich und ihre Umgebung zu übernehmen. Sie unterstützt deshalb das Anliegen der SAJV nach einem einheitlichen Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine eigene Stellungnahme ist zwar möglich, aber nicht unbedingt nötig.



Anerkennung non formaler Bildung

Definition

Kinder und Jugendliche erwerben wichtige fachliche wie persönliche Kompetenzen nicht nur in Schule und Berufsausbildung, sondern auch im Rahmen non-formaler Bildungsaktivitäten wie etwa einem freiwilligen Engagement in der außerschulischen Jugendarbeit – wo sie oft besonders motiviert sind, Neues zu lernen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Bildung junger Menschen stetig. Arbeitgeber verlangen neben guten schulischen Leistungen und Fachwissen immer öfter auch ausgeprägte Sozial- und Selbstkompetenzen. Die Hoheit über die Bildung liegt heute aber immer noch ausschließlich bei den Schulen; die außerschulische Jugendarbeit gilt daneben – zu Unrecht – nur als sinnvolle Ergänzung und nicht als gleichwertiger Bildungspartner. Unter diesem Themenfeld geht es darum, dass alle Lernorte (Formale- Non-formale- und Informelle- Bildung) als gleichwertige Systeme in einer „Gesamtstrategie Bildung“ anerkannt und gleichwertig gefördert werden.³

Analyse / Vgl. Quellen

Die Jugendlichen von heute sind motiviert, sich zu engagieren. Organisationen wie die SAJV fordert deshalb Gesellschaft, Staat und Wirtschaft dazu auf, den Jugendlichen eine Chance zu geben, ihr Potential zu entwickeln und ihre Fähigkeiten zu entfalten. Ein Beispiel für dieses Potential war die Aktion 72 Stunden im vergangenen September, als rund 28'000 Jugendliche sich erfolgreich in diversen Projekten engagiert und Verantwortung übernommen haben.

Die Jugendverbände leisten einen wichtigen Beitrag innerhalb der Gesellschaft. Neben der sozialen Integration erlangen die Jugendlichen durch ihr Engagement in den Jugendverbänden wichtige Fähigkeiten, die auch in der Arbeitswelt von großer Bedeutung sind. Die SAJV fordert, dass die Leistungen der Jugendverbände und der engagierten Jugendlichen von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft anerkannt werden und sie die Jugendverbände entsprechend fördern.⁴

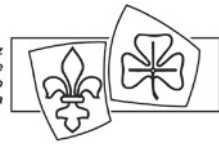
Bewertung

Während das Raster der KoExKo ergibt, dass es „nice to do“ wäre sich mit diesem Thema auseinander zusetzen, ergibt eine Auswertung mit unserem Raster, das es „need to do“ ist.

Es ist definitiv ein Thema, welches Kinder und Jugendliche betrifft. Auch wenn es ebenfalls von anderen Organisationen (z.B.: SAJV) aufgegriffen wird und es nicht direkt die operativen Strukturen der PBS betrifft, empfinden wir es als wichtig, uns in Zukunft auch mit unserer strategischen Ausrichtung (Leiterförderung und Unterstützung) für die Anerkennung von non-formaler Bildung einzusetzen. Dieses Thema tangiert unsere Grundlagen nur am Rande, aber wir glauben, dass sowohl die Öffentlichkeit, als auch die Mehrheit der Mitglieder der PBS eine Haltung der PBS zu diesem Thema erwarten. Eine Einmischung sollte keine Risiken mit sich bringen.

³ <http://www.sajv.ch/de/politik/positionen/positionen-freiwilligenarbeit/position-non-formale-bildung>

⁴ <http://www.sajv.ch/de/politik/positionen/positionen-freiwilligenarbeit/position-non-formale-bildung>



Vorteile

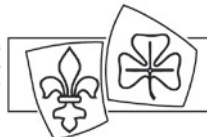
Eine höhere Anerkennung non-formaler Bildung in der Gesellschaft würde auch einen gewissen Werbevorteil für die Pfadibewegung mit sich bringen. Die PBS würde nicht nur ein „Freizeitunternehmen“ sein, welches Kinderbetreuung anbietet, sondern vielmehr die Ausbildungsstätte zukünftiger Führungskräfte.

Risiken

Eine Stellungnahme zu diesem Thema würde keine größeren Risiken mit sich bringen, außer vielleicht eine Große Auslastung unserer Ressourcen, wenn wir uns zu sehr für dieses Thema einsetzen würden.

Position/ Empfehlung

Wir sind der Meinung, dass sich die PBS aktiv mit dem Thema „Anerkennung non-Formaler Bildung“ auseinandersetzen und eine Stellungnahme entwickeln sollte. Wir finden, dass sich die PBS unbedingt „pro“ Anerkennung non-formaler Bildung aussprechen sollte, da dies auch der PBS als Organisation zugutekommen würde. Es wäre zum einen ein Werbeargument für die Pfadi, zum anderen aber auch eine Motivation für die vielen Ehrenamtlichen. Neben dem Engagement via SAJV würden wir sogar eigenes, aktives Lobbyieren empfehlen. Dies würde diesem Thema mehr Gewicht verleihen.



Jugendarbeitslosigkeit

Definition

Was die Erwerbstätigkeit betrifft, gelten in der Schweiz alle Personen im Alter von 15 – 24 Jahren als Jugendliche. Im November 2011 waren 18'085 Jugendliche arbeitslos. Das sind 3,3 % aller 15 – 24 Jährigen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einem Rückgang von 3'861 Personen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO veröffentlicht monatlich einen Bericht zur Lage auf dem Arbeitsmarkt. Innert der letzten zwei Jahre ist die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt leicht gesunken aber hält sich hartnäckig bei über drei Prozent.

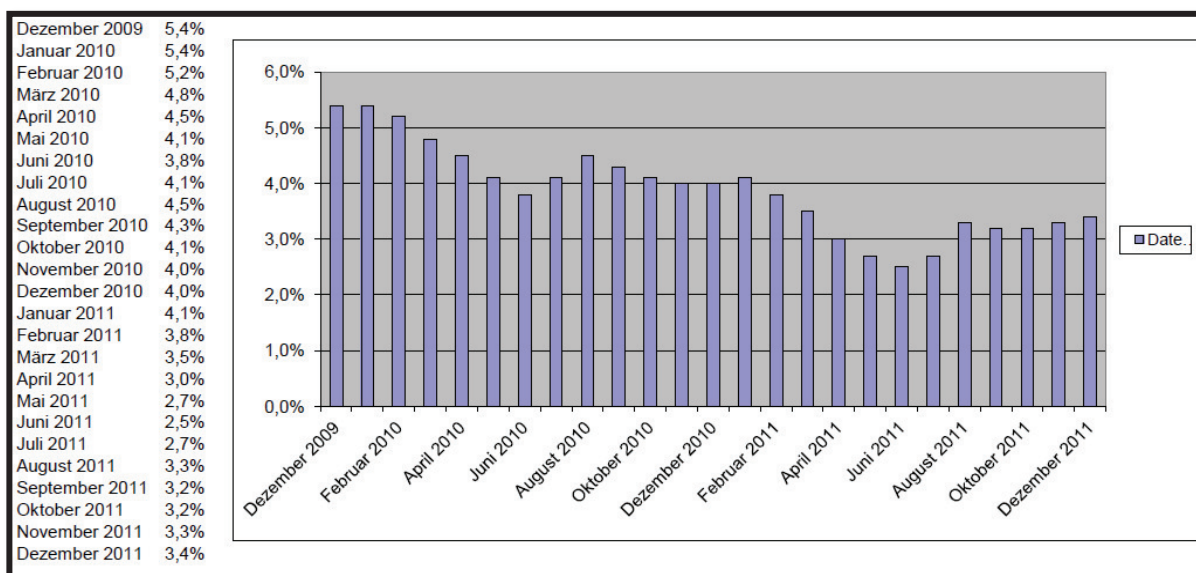
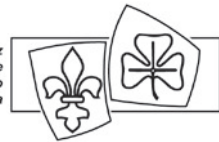


Abbildung 10: 2-Jahres-Statistik der Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz⁵

Zum eigentlichen Problem der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, kommt hinzu, dass diese neuerdings vom Staat noch weniger unterstützt werden: Am 1. April 2011 trat das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) in Kraft. Weil der massive Leistungsabbau sofort auch für die bereits damals erwerbslosen Personen in Kraft trat, wurden an diesem Tag rund 3'000 Jugendliche auf einen Schlag ausgesteuert. Die Jugendverbände (Gewerkschaftsjugend SGB, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV, Verband der Schweizer Studierenden VSS, Union der Schülerorganisationen USO) bieten den Jugendlichen, die nach der verlorenen Abstimmung von den Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung besonders betroffen sind, Unterstützung. Per 1. April haben sie die deshalb die Webseite www.jugendarbeitslosigkeit.ch aktualisiert. Jugendliche finden darauf nützliche Ratschläge und Links zu Beratungsstellen. Zudem stehen die beteiligten Organisationen in ihren Fachgebieten auch für persönliche Beratungen zur Verfügung.

Die VOX-Analyse zur AVIG-Abstimmung hat gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen gegen die Revision gestimmt hat. Die Stimmbeteiligung der Unter-30-Jährigen war zudem höher als bei vielen anderen Abstimmungen – offensichtlich bewegt das Thema die junge Generation. Für die Jugendverbände ergibt

⁵ http://www.jugendarbeitslosigkeit.ch/wp-content/uploads/2012/01/dez_11.pdf



sich daraus der klare Auftrag, weiter für faire Rahmenbedingungen, Versicherungsleistungen und Berufschancen Jugendlicher zu kämpfen.⁶

Jugendliche und junge Erwachsene sind in wirtschaftlich schwierigen Zeiten oft am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Sei es bei der Lehrstellensuche oder nach Abschluss der Erstausbildung. Ein Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit ist trotz den Bemühungen von Bund und Kantonen nicht absehbar. Problematisch ist nicht nur die Schnittstelle Schulbildung-Berufsbildung, sondern vor allem auch die Schnittstelle Berufsbildung-Arbeitsmarkt. Jugendarbeitslosigkeit kann nur mit Massnahmen in verschiedensten Bereichen bekämpft werden.⁷

Analyse / Vgl. Quellen

In den Strategiepapieren der PBS werden Parallelen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit besonders im Entwicklungsschwerpunkt 3 „Lobbyieren“ deutlich. Als Sprachrohr der Jugend, hat die Pfadibewegung ein vitales Interesse daran, die Missstände im Alterssegment Kindheit/Jugend direkt oder über Partnerorganisationen anzugehen („zu kinder- und jugendpolitischen Themen Stellung nehmen und dies auf allen Ebenen“).

Die Pfadibewegung bezeichnet sich in den pädagogischen Grundlagen „Pfadiprofil“ selbst als „dynamische Kinder- und Jugendorganisation mit pädagogischem Anspruch“. Als solche vertrauen wir grundsätzlich in die Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen und fördern ihre ganzheitliche Entfaltung (mehr dazu im Pfadiprofil und evtl. im Haltungspapier Gesundheitsförderung). Wenn wir das auf die Situation ausserhalb des Freizeitbereichs übertragen, muss dem Verband daran gelegen sein, dass Jugendliche, die sich nach ihrer Schulzeit für den Berufseinstieg entscheiden, auch wirklich einen geeigneten Platz in Berufslehre/Arbeitswelt finden.

Bewertung

Mit dem Entscheidraster PBS für Teilnahme an politischen Aktivitäten erhält man folgendes Bild:

Jugendarbeitslosigkeit ist ein Kinder- und Jugendpolitisches Thema.

Das Thema betrifft die PBS nicht direkt (insbesondere da es sich nicht um den Freizeitbereich handelt). Ziel, Zweck, Auftrag etc. werden davon nicht tangiert.

Die dritte Frage ist überflüssig, da grundsätzlich jede Auseinandersetzung einen Vorsprung für spätere Diskussionen mit sich bringt.

Das Thema wird von Dritten bereits zur Genüge wahrgenommen und koordiniert bearbeitet.

Verfügbarkeit von Zeit und Mitteln sollte für die Bearbeitung eines Themas nicht massgebend sein. Wenn es die Dringlichkeit erfordert, müssen die notwendigen Kapazitäten bereitgestellt werden.

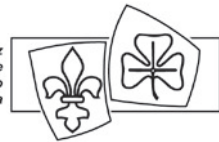
Die Massnahme aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Bearbeiten** („nice to do“).

Mit dem neuen Entscheidungsraster erhält man folgendes Ergebnis:

Jugendarbeitslosigkeit betrifft Jugendliche direkt. (3)

⁶ <http://www.jugendarbeitslosigkeit.ch/?p=552>

⁷ Schweizerische Gemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) (2011). Position Jugend und Arbeit. Der Arbeitsmarkt muss den Jungen Perspektiven bieten!



Das Thema wird von verschiedenen Stellen bereits zur Genüge und koordiniert bearbeitet. (1)

Das Thema betrifft die operativen Tätigkeiten der PBS nicht. (1)

Das Thema betrifft die strategischen Ziele der PBS nicht. (1)

Das Thema tangiert die Grundlagen am Rande. (2)

Die Gesellschaft würde eine Haltung der Pfadi zu diesem Thema vermutlich begrüßen. (3).

In der Umfrage im Gilwellkurs haben sich 13 von 21 Teilnehmenden sich gegen eine Einmischung (aktive Stellungnahme) der Pfadi ausgesprochen. (0).

Eine Positionierung birgt keinerlei Risiken für die PBS. (4)

Das Ergebnis aufgrund dieses Rasters wäre folglich Thema verfolgen aber nicht bearbeiten.

Vorteile

Die Vorteile können in diesem Fall nur bei der ganzheitlichen Entwicklung von Jugendlichen liegen, die ein zentrales Anliegen der Pfadibewegung darstellt. Vom Gesichtspunkt „Nice to do“ aus gesehen, könnte eine aktive Stellungnahme/Aktion des Verbands das Image der Pfadi in der Bevölkerung günstig beeinflussen. Die Pfadi engagiert sich für eine Verbesserung der Situation arbeitsloser Jugendlicher.

Risiken

Es darf nicht das Missverständnis aufkommen, dass es das Ziel der Pfadibewegung sei, Jugendliche zu funktionierenden Rädchen unserer Erwerbsgesellschaft heranzuziehen. Die Pfadi ist zwar für viele eine Lebensschule, von der sie auch im Berufsleben profitieren können. Gemäss Pfadiprofil geht es dabei aber vielmehr darum, Jugendliche und junge Erwachsene ganzheitlich zu fördern und sie auf ihrem Weg zu selbst- und verantwortungsbewussten, selbständig denkenden, sowie engagierten und offenen Menschen zu unterstützen. Das Berufsleben darf dabei durchaus auch kritisch hinterfragt werden.

Position/ Empfehlung

Die PBS engagiert sich bereits aktiv in der SAJV und lässt ihre Interessen betreffend Jugendarbeitslosigkeit durch diese vertreten. Die SAJV ist Teil einer umfangreichen Liste von Organisationen (nicht nur Jugendverbände), die sich gegen die Jugendarbeitslosigkeit einsetzen. In welchen Bereichen die SAJV die Jugendarbeitslosigkeit konkret bekämpfen will, kann nachgelesen werden im bereits zitierten Positionspapier „Jugend und Arbeit“. Die vorgenommenen Bewertungen weisen in die Richtung, das Thema nicht weiter aktiv zu bearbeiten, jedoch unbedingt weiter zu verfolgen.

Sicher begrüsst die Pfadibewegung alle Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Situation arbeitsloser Jugendlicher. Das Engagement in der SAJV kann ohne weiteres durch eine allfällige Bestätigung der PBS unterstrichen werden.

Jugendurlaub

Definition

Die SAJV fordert, dass der gesetzlich garantierte Jugendurlaub in Zukunft bezahlt sein soll. Damit wird das gesellschaftliche Engagement junger Menschen honoriert und gefördert.

Freiwilligenarbeit ist in der Schweiz volkswirtschaftlich sehr wichtig. Die Anzahl der geleisteten Freiwilligenstunden macht beinahe so viel aus wie die geleistete bezahlte Arbeit. Mehr als ein Drittel der in der Schweiz lebenden Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren leisten freiwillige Arbeit. Alleine in der Pfadi leisten rund 8500 jugendliche jährlich ca. vier Millionen Stunden an Freiwilligenarbeit. Diese für die Freiwilligenarbeit zu gewinnen ist besonders wichtig: Wer sich in der Jugend freiwillig engagiert, wird sich mit grosser Wahrscheinlichkeit das ganze Leben lang engagieren.

In den späteren Lebensabschnitten leisten freiwillig engagierte Menschen einen so grossen Beitrag an unsere Volkswirtschaft, dass es sich unsere Gesellschaft gar nicht mehr erlauben kann, darauf zu verzichten. Dementsprechend kann es sich unsere Gesellschaft auch nicht leisten, darauf zu verzichten, Jugendliche bereits früh für die Freiwilligenarbeit zu gewinnen und Einstiegshürden abzubauen.

Ein wichtiger und richtiger Schritt in diese Richtung wurde 1991 mit der Einführung des Jugendurlaubes geschaffen: Gemäss Art. 329e, Absatz 1 OR haben Jugendliche bis zum 30. Altersjahr Anspruch auf eine Arbeitswoche Jugendurlaub pro Jahr für unentgeltlich geleistete, leitende, betreuende oder beratende Tätigkeit im Rahmen der ausserschulischen Jugendarbeit in einer kulturellen oder sozialen Organisation. Die Jugendlichen haben dabei aber keinen Anspruch auf Lohn.

Seit 1991 hat sich die Situation aber stark verändert: Während 1997 noch knapp 38% der 15- bis 24-Jährigen freiwillig aktiv waren, waren es 2007 noch 31%. Es wird also zunehmend schwieriger, Jugendliche für die Freiwilligenarbeit zu motivieren. Abhilfe kann hier geschaffen werden, wenn der Jugendurlaub nicht länger unbezahlt bleibt, sondern in eine bezahlte Urlaubswoche zwecks Ausübung unentgeltlich geleisteter Arbeit zugunsten einer sozialen oder kulturellen Organisation überführt wird.

Mehr Anerkennung für das freiwillige Engagement Jugendlicher! Ein Drittel der 15-24-jährigen Schweizer und Schweizerinnen engagieren sich freiwillig, und zwar im Durchschnitt fünf Stunden pro Woche. Ein Fünftel der Jugendlichen engagiert sich in einem Verein oder einer Organisation.

Freiwilliges Engagement nimmt ab, besonders bei Jugendlichen. Andersrum nehmen Ausbildungsstandards zu => kosten mehr Zeit/ Geld. Es ist also wichtig, dass Jugendurlaub gesellschaftsweit anerkannt und gefördert wird.

Analyse / Vgl. Quellen

OR Art. 329e. Urlaub für außerschulische Jugendarbeit bildet die Gesetzliche Grundlage für Jugendurlaub⁸:

- Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer bis zum vollendeten 30. Altersjahr für unentgeltliche leitende, betreuende oder beratende Tätigkeit im Rahmen außerschulischer Jugendarbeit in einer kulturellen oder sozialen Organisation sowie für die dazu notwendige Aus- und Weiterbildung jedes Dienstjahr Jugendurlaub bis zu insgesamt einer Arbeitswoche zu gewähren.
- Der Arbeitnehmer hat während des Jugendurlaubs keinen Lohnanspruch. Durch Abrede, Normalarbeitsvertrag oder Gesamtarbeitsvertrag kann zugunsten des Arbeitnehmers eine andere Regelung getroffen werden.
- Über den Zeitpunkt und die Dauer des Jugendurlaubs einigen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer; sie berücksichtigen dabei ihre beidseitigen Interessen. Kommt eine Einigung nicht zustande, dann muss der Jugendurlaub gewährt werden, wenn der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber die Geltendmachung seines Anspruches zwei Monate im Voraus angezeigt hat. Nicht bezogene Jugendurlaubstage verfallen am Ende des Kalenderjahres.
- Der Arbeitnehmer hat auf Verlangen des Arbeitgebers seine Tätigkeiten und Funktionen in der Jugendarbeit nachzuweisen.

Eingefügt durch Art. 13 des JFG vom 6. Okt. 1989, in Kraft seit 1. Jan. 1991 (SR 446.1).

Bewertung

Sowohl das Raster der KoExKo als auch unser Raster haben ergeben, dass sich die PBS mit diesem Thema auseinander setzen sollte.

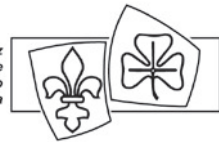
Es ist ein Thema, welches Kinder und Jugendliche direkt betrifft und welches aber auch von anderen Organisationen bereits bearbeitet wird. Es könnte unsere Organisation in Zukunft gefährden, wenn kein oder weniger Jugendurlaub gewährt würde und unsere Leiter keine oder weniger Ferien hätten um Kurse zu besuchen. Deshalb müssen auch unsere künftigen Strategien auf dieses Thema angepasst werden. Das Thema betrifft zwar nicht unsere Grundlagen, wir glauben aber dennoch, dass die Gesellschaft eine Meinung der PBS zu diesem Thema begrüßen würde und eine Mehrheit der PBS Mitglieder sogar eine Meinung zu diesem Thema von der PBS verlangt. Wir denken, dass die PBS bereit ist, mögliche entstehende Risiken in Kauf zu nehmen, um sich mit diesem Thema entsprechend auseinander zu setzen.

Dies war auch eines der wenigen Themen, bei denen sich die Teilnehmer im Gilwellkurs ganz klar für eine politische Initiative der PBS aussprachen.

Vorteile

Die Vorteile von anerkanntem und sicher gewährtem (ev. sogar bezahltem) Jugendurlaub liegen klar auf der Hand: Jugendliche können es sich leisten, an Ausbil-

⁸ Stand am 28. März 2006 Quelle: www.admin.ch, Systematische Rechtssammlung des Bundesrechts



dungskursen für ihren Jugendverband teilzunehmen und so das Ausbildungsniveau ihres Verbands hochzuhalten.

Risiken

Für die PBS ergeben sich keine oder nur geringe Risiken. Es sei denn, wenn zu wenige Ressourcen zur Verfügung stehen. Für die Jugendlichen besteht das Risiko, dass insgesamt noch weniger Jugendurlaub gewährt wird, wenn sich die PBS zu sehr einmischt. Ein erzwungener Jugendurlaub kann für Kleinunternehmen eine existentielle Frage bedeuten und das Arbeitsklima erheblich belasten.

Position/ Empfehlung

Wir sind der Meinung, dass sich die PBS aktiv mit dem Thema „Anerkennung non-Formaler Bildung“ auseinandersetzen und eine Stellungnahme entwickeln sollte. Wir finden, dass sich die PBS unbedingt „pro“ Jugendurlaub und dessen Stärkung / Ausweitung (ev. sogar zu bezahltem Jugendurlaub) aussprechen sollte. Neben dem Engagement bei anderen NGO's (wie z.B.: SAJV) würden sogar eigenes, aktives Lobbyieren empfehlen, um diesem Thema mehr Gewicht zu verleihen. Als zusätzliche Maßnahme, könnte die PBS einen Brief an die Unternehmen verfassen, um diese über die Wichtigkeit des obligatorischen Jugendurlaubes zu informieren und sie auch über dessen Vorteile zu informieren.



Chancengleichheit für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Definition

Fast 21% der schweizerischen Wohnbevölkerung sind Ausländerinnen und Ausländer. Je nach Altersgruppe ist der Ausländeranteil aber äusserst unterschiedlich. Er schwankt zwischen dem sehr hohen Wert von 33% im Alter um die 30 Jahre und 4% im Alter über 85 Jahren. Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz ist mehrheitlich eine junge Gruppe, die im erwerbstätigen Alter und im Familienalter steht. Entsprechend ist bei den Kindern und Jugendlichen der Ausländeranteil ebenfalls überdurchschnittlich hoch.⁹

Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass Bildungserfolg und somit meist der Grad an Anerkennung in der Gesellschaft stark mit dem sozio-ökonomischen Stand der Familie korrelieren. Durch das schweizerische Föderalsystem sehen sich jugendliche Migranten und Migrantinnen je nach ihrem Wohnkanton mit verschiedenen Ungleichheiten konfrontiert. Zudem sind sie weiterhin oft Opfer von Diskriminierungen.

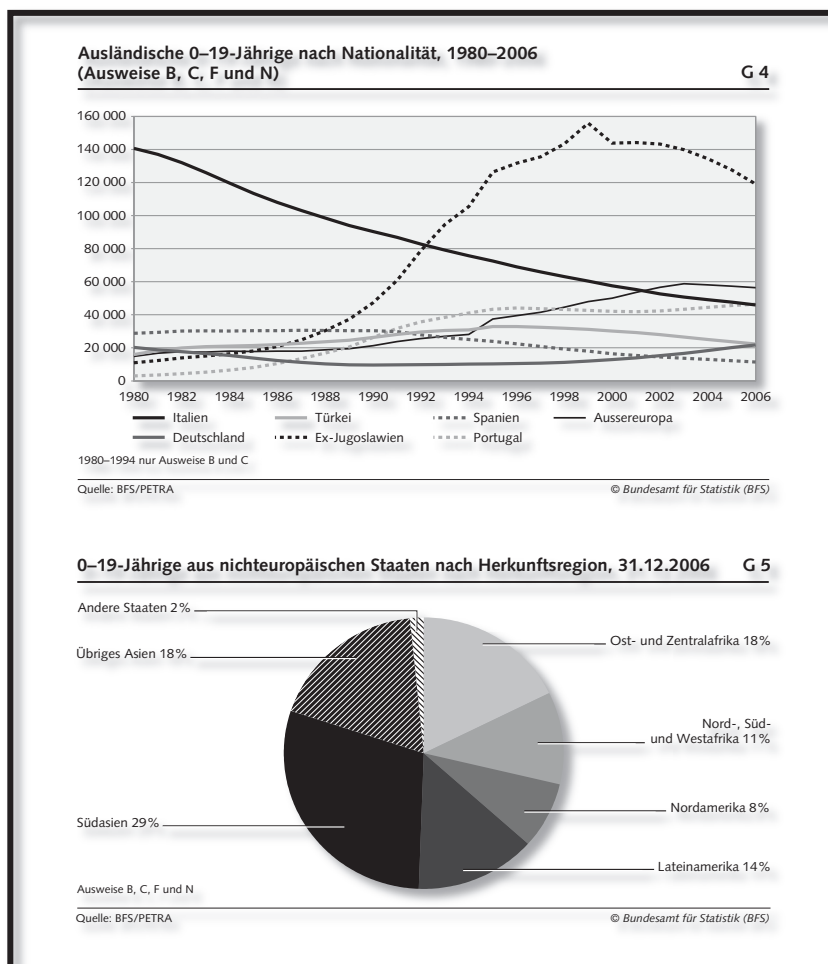
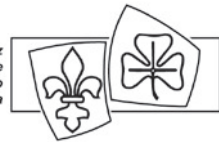


Abbildung 11: Zusammensetzung der Herkunftsstaaten Kinder und Jugendlicher

⁹ Kinder und Jugendliche mit ausländischem Pass in der Schweiz
 Werner Haug, Marcel Heiniger, Sylvie Rochat Bundesamt für Statistik, Neuenburg, 2007



Festgelegt sind die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der von der Schweiz ratifizierten UNO-Kinderrechtskonvention. Noch hapert es aber bei der Umsetzung dieser Rechte; unter anderem gewährt die Schweiz jungen Migranten und Migrantinnen kein angemessenes Recht auf Partizipation. Die SAJV engagiert sich deshalb national im Rahmen der Allianz für die Rechte der Migrantenkinder sowie auf europäischer Ebene über die Plattform YM+ dafür, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht als Quelle möglicher Probleme, sondern als wichtige Fachleute im Bezug auf die Thematik behandelt werden.¹⁰

Analyse / Vgl. Quellen

Als Mitgliedorganisation der SAJV, welche über ein ausführliches Positionspapier „Jugendliche mit Migrationshintergrund und Chancengleichheit“ sowie über unterschiedlichste Aktionen zur Interkulturalität verfügt, hat die PBS die Möglichkeit ihren Mitgliedern zu Informationen zu etablierten und guten Projekten zu verhelfen.

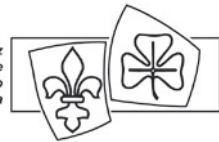
Der PBS als Verband ist es im vergangenen Jahr gelungen das Amt der Integrationsverantwortlichen mit Christine Breitschmied / Cayenne und Luzia Emmenegger / Momo neu zu besetzen. Diese beiden beschäftigen sich mit der Überarbeitung des „Leitbild der Pfadibewegung Schweiz zur kulturellen Vielfalt und zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen“, welches seit 2001 besteht und aktuell folgende Grundsätze verfolgt:

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund können in der Pfadi erfahren was es heisst, gemeinsam Herausforderungen anzunehmen und voneinander zu lernen.
- Leiterinnen und Leiter berücksichtigen die unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse. Sie arbeiten mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam an der gegenseitigen Akzeptanz.
- Das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft verlangt von allen Beteiligten hohes Engagement und Überwindung von angenommenen und tatsächlichen Gegensätzen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass man die fremde und auch die eigene Kultur kennenlernt, damit die Verständigung möglich wird.

Damit diese Grundsätze und Ziele nicht zur Farce verkommen, müssen sie auch gelebt werden. Eine wissenschaftliche Studie zur Mitgliederstruktur stellt fest, dass je nach Altersstufe nur etwa 3-10% unserer Mitglieder AusländerInnen sind. Der AusländerInnenanteil in der Schweiz beträgt dagegen bei den bis 19-jährigen über 20%. Das gleiche Bild zeigt sich auch an Anlässen von der Gruppe über die Abteilung bis zur Delegiertenversammlung der PBS und untermauert den Eindruck, dass die in den letzten drei Jahrzehnten in die Schweiz zugewanderte Bevölkerung in der PBS nur sehr schwach vertreten ist.¹¹

¹⁰ <http://www.sajv.ch/de/politik/positionen/positionen-sozialpolitik/position-jugend-und-migration/>

¹¹ <http://www5.scout.ch/de/pfadialltag/schwerpunkte/integration>



ZIELSETZUNGEN

Aktifleçmek

(Türkisch für: Aktiv werden)

Die PBS will in Zukunft nicht nur allen Kindern und Jugendlichen offenstehen sondern auch aktiv auf die bis jetzt untervertretenen kulturellen Gruppen zugehen und diese ermuntern, in neuen oder bestehenden Gruppen die Pfadiideale kennenzulernen und zu leben.

شُعُورُ الْأَعْضَاءِ

(Arabisch für: Mitglieder sensibilisieren)

Die PBS will ihre Mitglieder auf die Thematik der Integration und des Zusammenlebens mit vielen Kulturen sensibilisieren, gelebte Toleranz fördern und Rassismus abbauen. Sie beachtet dabei, dass gerade bei diesem Thema nebst den Kindern, Jugendlichen und LeiterInnen aller Stufen auch die Eltern/-vereinigungen einbezogen werden sollten.

一次平均

(Chinesisch für: Für einmal durchschnittlich)

Die PBS strebt bei der Mitgliederstruktur eine dem schweizerischen Durchschnitt entsprechende Verteilung von SchweizerInnen und AusländerInnen an.

Abbildung 12: Leitbild Integration



Christine Breitschmid / Cayenne



Emmenegger Luzia / Momo

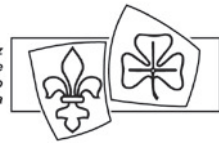
Primär geht es nun darum, die verschiedenen Integrationsprojekte der Kantone zu vernetzen, Verantwortliche auszubilden und sich in einem ersten Schritt klar zu werden, welche Strategie langfristig fruchtbar sein kann und welche sich in der Praxis bewähren. Gleichzeitig entsteht anstelle des „Leitbild der Pfadibewegung Schweiz zur kulturellen Vielfalt und zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen“ ein Haltungspapier zur Interkulturellen Öffnung.

Bewertung

Die Schaffung der Aufgabe der Integrationsverantwortlichen sowie das Bestreben das erwähnte Leitbild zu überarbeiten, zeigt, dass sich die PBS aktuell mit der Thematik beschäftigt.

In Bezug auf die Strategie kann gesagt werden, dass es die Pflicht der PBS ist, sich für alle Kinder und Jugendlichen bzw. für die Wahrung derer Rechte einzusetzen. Dem Verband an sich geht es wohl aber in erster Linie darum, ein brachliegendes Mitgliederpotenzial zu nutzen.

Sowohl das Raster der KoExKo als auch unser ergeben, dass es „need to do“ wäre, sich mit diesem Thema auseinander zusetzen. Die Gilwellumfrage unterstützt diese Ergebnisse, indem die Antworten klar im Bereich bearbeiten /need/ nice to do) liegen.



Vorteile

1.2 Externe Analyse

Chancen

- Internationalität und Integration sind Gesellschaftsthemen.
- Die ‚destruktive‘ Jugend ⇒ Pfadi werden als Vorzeigejugendlichen dargestellt
- Distanzen werden immer kürzer.
- Es gibt Förderer für Ausbildung ⇒ externe Motivatoren wie Geld, Material,
- Mehr lernen von anderen Organisationen/Kulturen, statt immer das Rad neu zu erfinden.

12

Die Pfadi vermittelt Schlüsselqualifikationen für erfolgreiche Ausbildungskarrieren. Der polysportive Aspekt unterstützt eine gesundheitsförderliche Kultur, an der es bei Kindern aus Migrationsfamilien oft mangelt. Insofern kann die Pfadi in Bereichen bilden, die in der Volksschule wenig Beachtung finden oder nicht in diesem Masse umgesetzt werden kann. Es besteht die Annahme, dass jede anerkannte Organisation, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Migrantenkindern und deren Eltern pflegt der Gesellschaft einen Dienst erweist.

2.4 Entwicklungsschwerpunkt 4

DEFINIEREN:

Die Gesellschaft anerkennt die Pfadi als Lebensschule für Schlüsselkompetenzen für Berufs- und Privatleben.

13

Die Pfadi kann Mitglieder gewinnen und sich längerfristig von ihrem elitären und zum Teil noch immer militärischen Image distanzieren. Die Pfadi wird auch in der Schweiz international und kann in internationalen Projekten bzw. in der Zusammenarbeit mit anderen Pfadiverbänden kompetente Landsleute miteinbeziehen.

Risiken

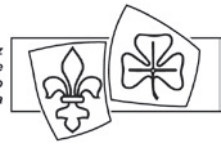
Es ist nicht davon auszugehen, dass sich Probleme ergeben, wenn stigmatisierte Kinder und Jugendliche einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen.

Position/ Empfehlung

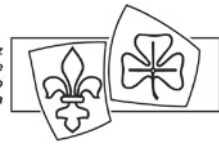
Schon das Pfadigesetz, dem viele Mitglieder der PBS nachleben, verlangt, andere zu verstehen und zu achten. Als erzieherische Ziele hat sich die PBS unter anderen das Vermitteln von Solidarität und Offenheit gesetzt. Und auch in den Statuten bekennt

¹² Strategiepapier Gesellschaft

¹³ Strategiepapier Gesellschaft



sie sich zur Offenheit gegenüber allen Kindern und Jugendlichen und zur Förderung von Solidarität innerhalb und ausserhalb der Schweiz. Es soll ihr deshalb ein Anliegen sein, ihre Aktivitäten für alle Kinder zu öffnen und aktiv auf deren Eltern zuzugehen. Sie ist überzeugt, dass alle Kinder von den in der Pfadi zu erlernenden Kompetenzen profitieren können.



Sans-Papiers

Definition

Sans-Papiers - auch Papierlose oder Illegale genannt – sind Ausländerinnen und Ausländer, die ohne juristisch geregelten Aufenthalt und ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz leben. Sie sind z. B. ehemalige JahresaufenthalterInnen, Saisoniers, StudentInnen oder geschiedene Eheleute, die ihre Aufenthaltsbewilligung verloren haben, Sexarbeiterinnen, Haushaltsangestellte etc. oder abgewiesene AsylbewerberInnen, die nie einen legalen Status erhalten haben, Menschen, denen die Aufenthaltsbewilligung verweigert wurde oder die diese aus verschiedenen Gründen nicht erneuern konnten.¹⁴

In der Schweiz leben rund 90'000 Sans Papiers. Das heisst rund 10 Prozent der in der Schweiz lebenden Ausländischen Bevölkerung sind Sans Papiers. Bis zu 30 Prozent der Sans Papiers leben mit ihren Kindern in der Schweiz.¹⁵ Nach Art. 39 Abs. 3 (ZGB) ist eine in der Schweiz erfolgte Geburt sowie die familienrechtliche Stellung ins Zivilstandsregister einzutragen. In verschiedenen Kantonen besteht die Praxis, dass Neugeborenen kein Geburtsschein ausgestellt wird, da die Eltern ihren Wohnsitz und ihre Identität nicht belegen können.¹⁶

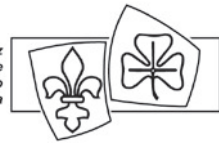
In der Schweiz leben mehrere Tausend Kinder und Jugendliche ohne geregelten Aufenthalt. Es sind die Kinder von Sans-Papiers (MigrantInnen und abgewiesenen Asylsuchenden ohne geregelten Aufenthaltsstatus) sowie Kinder von Eltern mit legalem Aufenthaltsstatus, denen der Familiennachzug verweigert wurde. Sie verbringen viele Jahre oder ihre ganze Kindheit hier, doch sind sie rechtlich gesehen inexistent. Angst vor Entdeckung und Ausschaffung, soziale Isolation, Armut sowie ungewisse Zukunftsperspektiven prägen ihre Lebenssituation.

Verfassungsmässig garantierte Rechte, und solche, denen sich die Schweiz durch die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet hat, sind für diese Kinder und Jugendlichen kaum durchsetzbar. Beispielsweise ist das Recht auf Bildung nach wie vor unvollständig verwirklicht: Kleine Kinder ohne gültigen Aufenthaltsstatus können oft keine Kinderkrippe besuchen. Sie, deren Eltern oft beide arbeitstätig sind, hätten eine vorschulische Betreuung besonders nötig. Nach der Volksschule, wenn die KlassenkameradInnen eine Ausbildung beginnen, bleibt den Jugendlichen ohne gültigen Aufenthaltsstatus meist nur noch die Wahl zwischen Schwarzarbeit und „Nichtstun“. Sie dürfen von Gesetzes wegen keine Lehre antreten. Ein weiteres Beispiel ist, dass gemäss Ausländergesetz Jugendliche ab 15 Jahren bis zu zwölf Monaten in Ausschaffungshaft genommen werden dürfen.

¹⁴ vgl. Efionayi-Mäder/Cattacin 2003: 1

¹⁵ vgl. Weiller 2007: 25

¹⁶ vgl. Caroni et al. 2009: 265



Analyse / Vgl. Quellen

Gemeinnützig engagieren wir uns für die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Wir leisten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Welt. Besonderen Wert legen wir auf die Kinder- und Menschenrechte sowie den respektvollen Umgang mit der Natur.

17

Grundsätzlich soll die Pfadi in der Schweiz ein Programm anbieten, welches für alle Kinder attraktiv und offen ist. Die Pfadi vermittelt Schlüsselqualifikationen für erfolgreiche Ausbildungskarrieren. Der polysportive Aspekt unterstützt eine gesundheitsförderliche Kultur, an der es bei Kindern aus Migrationsfamilien oft mangelt. Insofern kann die Pfadi in Bereichen bilden, die in der Volksschule wenig Beachtung finden oder nicht in dieser Masse umgesetzt werden können. Es besteht die Annahme, dass jede anerkannte Organisation, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Migrantenkindern und deren Eltern pflegt der Gesellschaft einen Dienst erweist.

2.3 Entwicklungsschwerpunkt 3

LOBBYIEREN:

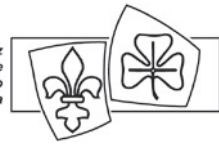
Die Pfadi setzt sich aktiv für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein.

18

Sans-Papier-Kinder unterscheiden sich aber von anderen Migrantenkindern, weil sie kaum Rechte haben. Besonders schwierig ist die bestehenden Kinderrechte durchzusetzen, denn diese Kinder haben keine anerkannte Lobby noch erlaubt ihr Leben in Isolation nur eine ungenügende Sozialisation. Dies führt zu schlechten Sprachkenntnissen und einem tiefen Bildungsstand.

¹⁷ Leitbild PBS

¹⁸ Strategiepapier Gesellschaft



Artikel 39:

Wiedereingliederung und Resozialisierung

Die Pflicht des Staates, geeignete Massnahmen zur Wiedereingliederung und Resozialisierung von Kindern zu fördern, die Opfer eines bewaffneten Konflikts, von Folter, Vernachlässigung, Ausbeutung oder Misshandlungen geworden sind.

19

Bewertung

Will sich die Pfadi für alle Kinder und deren Rechte einsetzen, ist es ihre Aufgabe, sich auch für Kinder und Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus stark zu machen. Es gibt in verschiedenen Dokumenten Hinweise auf eine mögliche Pflicht. Trotzdem heisst sich für Kinderrecht einzusetzen nicht, sich für alle Kinderrechte in gleichem Mass und mit der gleichen Aktivität zu engagieren. Schlussendlich ist es Aufgabe der Leitenden in erster Linie den Pfadibetrieb zu führen. Ressourcen, sich für alle Kinder in der Schweiz in gebührendem Mass stark zu machen, sind wohl nicht vorhanden.

Sowohl das Raster der KoExKo als auch unser ergeben, dass es „nice to do“ wäre, sich mit diesem Thema auseinander zusetzen. Der Gilwellumfrage zu entnehmen, sind die Mitglieder aber gegen eine Einmischung.

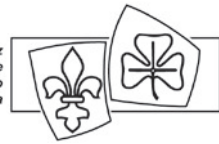
Vorteile

Wer sich für die Rechte von Kindern einsetzt, stösst oft auf Verständnis. Die Pfadi kann sich auf ein noch wenig behandeltes Thema fokussieren. Im Gegensatz zu Integration an sich, ist dieses noch wenig besetzt beziehungsweise noch wenig anerkannt. Hier kann die Pfadi durchaus zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen.

Risiken

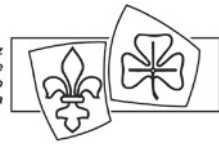
Wer sich für die Rechte von Kindern einsetzt, stösst oft auf Verständnis. Trotzdem ist in der Gesellschaft zurzeit die Skepsis gegenüber Sans-Papier-Kinder noch zu gross bzw. der Wissensstand zu klein. Es muss noch eine gewisse Vorarbeit geleistet werden, die der Verband alleine nicht übernehmen kann. In Bezug auf das Image der PBS ist die zu erreichende Personengruppe aktuell und aufgrund der erwähnten Isolation noch zu klein. Die Pfadi verfügt nicht über ein entsprechendes Netzwerk, um eine Zusammenarbeit mit betroffenen auf Bundesebene zu realisieren, die dann auf Abteilungsebene fruchtet.

¹⁹ UNO-Kinderrechtskonvention



Position/ Empfehlung

Die Pfadi unterstützt Aktivitäten wie etwa diese von „Terre des hommes“, indem sie diese bei den Abteilungen etwa über den Newsletter bekannt macht. Als Mitglied von SAJV trägt sie deren Meinung und Projekte mit. Sie verzichtet aktuell aber auf eine eigene Stellungnahme oder Kampagne zum Thema.



Homo- und Bisexualität

Definition

Homosexualität bezeichnet die Liebe und das sexuelle Verlangen zwischen Menschen des gleichen Geschlechts. Wenn Menschen sich von beiden Geschlechtern angezogen fühlen, spricht man von Bisexualität. Lange Zeit galt Homosexualität als etwas Widernatürliches und wurde strafrechtlich verfolgt. Obwohl sich in den letzten Jahrzehnten viel geändert hat und man toleranter geworden ist, werden Homosexuelle gelegentlich auch heute noch ungleich behandelt und von der Gesellschaft belächelt, als minderwertig betrachtet oder ausgestossen. Gerade unter Kindern und Jugendlichen herrscht oft Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen. Es gibt viele Menschen, die sexuelle Erfahrungen mit dem gleichem Geschlecht machen. Im Jugendalter kommt es häufig vor, dass Jungen mit Jungen oder Mädchen mit Mädchen ihre ersten sexuellen Erfahrungen machen. Das bedeutet nicht unbedingt, dass jemand homo- oder bisexuell ist, sondern kann mit sexueller Neugier und Ungeduld zusammenhängen.²⁰

Homosexuelle Handlungen sind in der Schweiz seit 1942 legal. Ein höheres Schutzalter (20 Jahre statt 16 bei heterosexuellen Handlungen) wurde mit der Strafrechtsreform von Dezember 1990 aufgehoben. Staatliche Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung ist seit 2000 verfassungsrechtlich untersagt. Seit 2007 ist die Registrierung von homosexuellen Paaren möglich (Partnerschaftsgesetz).²¹

Schätzungen über die Häufigkeit von Homosexualität variieren beträchtlich. Es schätzten sich etwa in einer repräsentativen Emnid-Umfrage aus dem Jahr 2000 nur 1,3 bzw. 0,6 Prozent der in Deutschland lebenden Befragten als schwul bzw. lesbisch sowie 2,8 bzw. 2,5 Prozent als bisexuell ein.²²

Zahlen für die Schweiz können z.B. in der Untersuchung „Sexualverhalten in der deutschsprachigen Schweiz“ von Dania Schifftan (2006)²³ nachgelesen werden.

Da sich viele Menschen erst im Lauf ihres Jugendalters auf eine Sexuelle Orientierung festlegen und in Anbetracht des drohenden Verstosses aus Systemen des sozialen Umfeldes, mutmassen wir, dass Jugendliche den Schritt, sich zu outen eher selten wagen.

Analyse / Vgl. Quellen

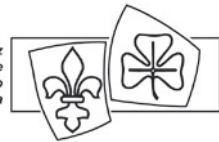
Homo- und Bisexualität sind eine natürliche Erscheinung und werden mittlerweile von Grossteilen der Gesellschaft als Realität anerkannt. Warum sollte es nicht auch in der Pfadibewegung ein gewisses Vorkommen geben? In den Grundlagen ist die freie Ausübung der individuellen Sexualität im Sinne einer ganzheitlichen Entwicklung bzw. sexuelle Orientierung im Jugendalter bereits in mehreren Dokumenten verankert. So zum Beispiel im Haltungspapier Gesundheitsförderung: „Wir Pfadi wollen... dass Kinder und Jugendliche ein positives Gefühl für den eigenen Körper und das eigene Geschlecht entwickeln und dem andern mit Respekt begegnen.“ In der „Beziehung zum Körper“ aus dem Pfadiprofil heisst es: „Wir schätzen unseren Körper und unsere Gefühle. In einem geschützten Rahmen lernen wir unsere körperlichen und emotionalen Bedürfnisse, Möglichkeiten und Grenzen kennen und mit ihnen um-

²⁰ <http://www.tschau.ch/beziehung/sexualitaet/homo-und-bisexualitaet>

²¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualit%C3%A4t_in_der_Schweiz

²² http://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualit%C3%A4t#Demografische_H.C3.A4ufigkeit

²³ http://www.gesunde-maenner.ch/data/data_121.pdf



zugehen. Wir spornen uns zu Bewegung und Leistung an und verbessern unsere handwerklichen Fähigkeiten. Dabei achten wir auf unseren Körper und unsere Gefühle und begegnen anderen Menschen mit der gleichen Rücksicht“.

Bewertung

Mit dem Entscheidraster PBS für Teilnahme an politischen Aktivitäten erhält man folgendes Bild:

Von Homo-/Bisexualität sind Jugendliche nicht im besonderen Ausmass betroffen, aussert, dass sich manche nicht von Beginn an über ihre sexuelle Orientierung im Klaren sind.

Das Thema betrifft die PBS nicht direkt. Ziel, Zweck, Auftrag etc. werden davon nicht tangiert.

Die dritte Frage ist überflüssig, da grundsätzlich jede Auseinandersetzung einen Vorsprung für spätere Diskussionen mit sich bringt.

Das Thema wird von Dritten bereits zur Genüge wahrgenommen. Insbesondere gibt es ein grosses Beratungs-/Betreuungsangebot für Hilfesuchende.

Verfügbarkeit von Zeit und Mitteln sollte für die Bearbeitung eines Themas nicht massgebend sein. Wenn es die Dringlichkeit erfordert, müssen die notwendigen Kapazitäten bereitgestellt werden.

Die Massnahme aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Bearbeiten** („nice to do“).

Mit dem neuen Entscheidungsraster erhält man folgendes Ergebnis:

Homo-/Bisexualität betrifft Jugendliche nicht im besonderen Ausmass. (1)

Das Thema wird von verschiedenen Stellen bereits zur Genüge wahrgenommen. Insbesondere gibt es ein grosses Beratungs-/Betreuungsangebot für Hilfesuchende.

(1)

Das Thema betrifft die operativen Tätigkeiten der PBS nicht. (1)

Das Thema betrifft die strategischen Ziele der PBS nicht. (1)

Das Thema tangiert die Grundlagen am Rande. (2)

Eine Stellungnahme der Pfadibewegung zu diesem Thema könnte in der Bevölkerung für Verwirrung/Irritation sorgen. (2).

15 von 21 Teilnehmenden im Gilwellkurs lehnen eine Haltung der Pfadi zum Thema ab, einzelne schlagen aber vor, Informationen zum Thema weiterzugeben. (0).

Eine Positionierung könnte für Irritation sorgen, z.B. bei den Abteilungen mit kirchlichem Hintergrund oder in traditionell katholischen Kantonen. (2)

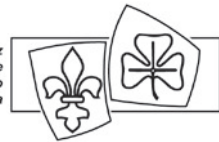
Das Ergebnis aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Thema nicht bearbeiten und auch nicht verfolgen**.

Vorteile

Es ist an der Zeit, Schritt zu halten z.B. mit der Gleichstellung auf gesetzlicher Ebene. Es stellt sich die Frage, ob die Notwendigkeit für eine Stellungnahme überhaupt gegeben ist, oder ob es längst selbstverständlich ist, dass in der Pfadi Jugendliche aller sexuellen Orientierungen willkommen sind. Wenn sich die Pfadi allerdings nicht explizit für die Gleichbehandlung aller Sexualitäten ausspricht, muss sie sich die Frage gefallen lassen, ob sie wirklich offen für alle sei.

Risiken

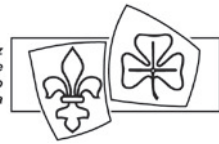
Sexualität ist nach wie vor ein sehr heikles/tabuisiertes Thema. Sich als Organisation dazu zu äussern ist problembehaftet. Es ist denkbar, dass eine Stellungnahme in bestimmten Kreisen mit Irritation aufgenommen würde. Wir befürchten darüber hin-



aus, dass Homo-/Bisexualität bei manchen Eltern zu Ressentiments führt oder gar Assoziationen mit Pädokriminalität wecken könnte.

Position/ Empfehlung

Mit den vorgenommenen Bewertungen erhalten wir zwar keine eindeutige Übereinstimmung, aber es zeichnet sich klar ab, dass eine aktive Stellungnahme zum Thema Homo-/Bisexualität nicht angezeigt ist. Sollte der Verband trotzdem mit der Frage konfrontiert werden, würden wir die Haltung empfehlen, dass in der Pfadi Jugendliche aller sexuellen Orientierungen willkommen sind. Es besteht schlicht kein Zusammenhang zu Kindesmisshandlung oder Pädophilie, welche die Pfadi im Übrigen intern mit allen Mitteln bekämpft.



Drogenfreigabe

Definition

Jugendliche fördern statt bevormunden! - Der Konsum von Drogen durch Jugendliche in der Schweiz ist Realität. Jeder Konsum von Drogen, ob legal oder illegal, ist mit gesundheitlichen und psychosozialen Risiken verbunden. Der Gebrauch von psychoaktiven Substanzen ist daher nie harmlos oder banal. Wer Drogen konsumiert, muss also wissen, was er/sie tut und die Risiken einschätzen können.

Dem Suchtmittelkonsum Jugendlicher einzig auf repressivem Weg zu begegnen, ist falsch. Zwar sind regulierende Jugendschutzmassnahmen ein möglicher Ansatz, den Einstieg Jugendlicher in den Suchtmittelkonsum zu verhindern resp. hinauszuzögern. Ziel einer sinnvollen und nachhaltig wirksamen Drogenpolitik muss aber sein, Jugendliche zu befähigen, einen verantwortungsvollen Umgang mit Suchtmitteln zu entwickeln.

Die SAJV fordert die Politikerinnen und Politiker daher auf, den drogenpolitischen Fokus auf die Förderung Jugendlicher und nicht auf deren Bevormundung zu legen. Dazu gehört insbesondere die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Umsetzung und Evaluation geeigneter, jugendgerechter Förderungs-, Präventions- und Interventionsmassnahmen. Beispielsweise die Unterstützung innovativer Präventionsprojekte, die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der ausserschulischen Jugendarbeit sowie deren Unterstützung.

Analyse / Vgl. Quellen

Der Umgang mit legalen und illegalen Suchtmitteln ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Als Jugendverband üben wir eine erzieherische Funktion auf unsere Mitglieder aus. Wir wissen um unsere Verantwortung. Auf allen Stufen wird der vernünftige und verantwortungsbewusste Umgang mit legalen Suchtmitteln immer wieder thematisiert. Die Pfadis haben ihrem Alter, ihrer Rolle und ihrer Aufgabe angepasste Verhaltensweisen. Dabei sprechen wir uns gegen Verbote aus, weil wir diese als nicht sinnvoll erachten. In unseren Handlungen bewegen wir uns aber immer im gesetzlich vorgegebenen Rahmen. Diese Haltung unterstreichen wir durch die Mitgliedschaft und einen engen Kontakt mit dem Gesundheitsförderungs- und Suchtpräventionsprogramm Voilà.

Die PBS hat ein Haltungspapier zum Thema Suchtmittel und eines zum Thema Gesundheitsförderung, welche sich beide mit diesem Thema befassen. Die PBS versteht die Gesundheit ganzheitlich als physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden. Es ist daher für die PBS wichtig die Gesundheit auch ganzheitlich zu fördern. Sie geht davon aus, dass dies nur möglich ist, wenn Kinder und Jugendliche auch zu sich und ihrem Körper Sorge tragen (Siehe auch Beziehung zum Körper) um volle Leistung erbringen und sich gesund entwickeln zu können.

Grundsätzlich sollte sich die PBS unserer Meinung nach gegen eine Drogenfreigabe (Legalisierung von harten und weichen Drogen) aussprechen. Vor allem in Anbetracht der ganzheitlichen Gesundheitsförderung, aber auch weil es für die PBS wesentlich einfacher ist, den Suchtmittelkonsum in der Pfadi handzuhaben, wenn dies auf gesetzlicher Ebene generell vorgegeben ist. Neben einer Aussprache gegen die Drogenfreigabe, sollte sich die PBS für Präventionsarbeit einsetzen und klare Richtli-

nien für ihre Aktivitäten haben, welche, basierend auf den gesetzlichen Grundlagen und dem Interesse an der Gesundheitsförderung ihrer Mitglieder den Konsum harter und weicher Drogen verbietet.

Bewertung

Während das Raster der KoExKo verlangt, dass die PBS „Informationen zu diesem Thema suchen und weitergeben“ sollte, kam eine Analyse mit unserem Raster zum Schluss, dass die PBS das Thema einfach verfolgen sollte.

Dieses Thema könnte Kinder und Jugendliche interessieren. Es wird von vielen externen Stellen sehr ausführlich behandelt. Ein direktes Handeln könnte sowohl unsere operativen Tätigkeiten, als auch unsere strategischen Ziele gefährden. Es würden sich aber keine Konflikte zu unseren Grundlagen ergeben. Wir glauben, dass die Gesellschaft keine direkte Verbindung vom Thema zur Pfadi herstellen kann und dass die wenigsten Mitglieder sich eine aktive Einmischung wünschen würden. Es könnte sogar das Risiko entstehen, dass die Bevölkerung plötzlich eine sehr starke Verknüpfung mit dem Thema und der Pfadi herstellen würde.

Vorteile

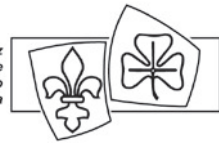
Eine Position der PBS gegen eine Drogenfreigabe würde ihrer Haltung zum Thema Suchtmittel und Gesundheitsförderung entsprechen. Das aktuell geltende Drogenverbot kommt der PBS in ihren Bemühungen entgegen, eine sichere Umgebung für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Würden die gesetzlichen Grundlagen dafür fehlen, wäre es schwieriger, ein Drogenverbot in Lagern und an anderen Aktivitäten aufrecht zu erhalten. Unserer Meinung nach sind Leiter oder Teilnehmer, welche unter Drogen stehen bei Pfadiaktivitäten untragbar und ein zu hohes Risiko für die anderen Pfadis. Auch könnte die PBS eine mögliche Haltung für PR-Zwecke nutzen und auf unsere ganzheitlichen Gesundheitsfördernden Maßnahmen hinweisen.

Risiken

Lobbyieren für ein Aufrechterhalten des aktuellen Drogenverbotes würde sehr viele Ressourcen benötigen und könnte allenfalls sehr liberal denkende Pfadis / Leiter verärgern. Eine klare Haltung, sich an die aktuellen gesetzlichen Grundlagen zu halten, sehen wir jedoch als relativ risikofrei an.

Position/ Empfehlung

Es ist uns sehr wichtig, dass sich die Position PBS klar an alle geltenden gesetzlichen Grundlagen hält und im Sinne des Jugendschutzes steht. Wir sind der Meinung, die PBS sollte sich weiterhin an ihre aktuell geltenden Haltungspapiere zu den Themen Gesundheitsförderung und Suchtmittelkonsum als Position halten und verstärkt unsere Präventionsstrategie promoten. Die PBS sollte des Weiteren auch Präventionsprojekte von Organisationen wie „Voila“ sowie die Kampagnen der SAJV zum Thema Drogenfreigabe unterstützen. Wir glauben, dass die PBS grundsätzlich gegen die Drogenfreigabe ist, aber keine eigene Stellungnahme dazu formulieren oder gar selber politisch aktiv werden sollte.



Alkoholkonsum

Definition

Alkohol wird seit Menschengedenken als Nahrungs-, Heil-, Genuss- und Rauschmittel gebraucht. Bier, Wein und gebranntes Wasser in unseren Breiten oder vergorene Stutenmilch und Kaktusschnaps anderswo waren und sind Kultur- und Konsumgüter von symbolischer und ökonomischer Bedeutung. Wo etwa 80 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren mehr oder weniger häufig Alkohol trinken, steht die kulturelle Wertschätzung des Alkoholkonsums ausser Zweifel. Schätzungen gehen davon aus, dass in der Schweiz etwa 250'000 alkoholabhängige Menschen leben. Der Durchschnittskonsum alkoholischer Getränke in einem Land wird ebenso durch die Trinksitte eines Landes, die wirtschaftliche Lage und das verfügbare Einkommen bestimmt, wie durch die Erhältlichkeit alkoholischer Getränke und deren Preis. Der Pro-Kopf-Konsum betrug im Jahr 2010 zum siebten Mal in Folge weniger als neun Liter reinen Alkohols. Seit 1990 hat sich der Wert um rund 2.3 Liter reinen Alkohols pro Kopf verringert. Der Gesamtverbrauch pro Einwohner ist von 8.6 Liter reinen Alkohols im Jahr 2009 auf 8.5 Liter im Jahr 2010 gesunken, mit diesem Wert befindet sich die Schweiz immer noch im europäischen Mittelfeld.²⁴

Jugend

Befragungen von Schülerinnen und Schülern im Alter zwischen 11 und 15 Jahren haben gezeigt, dass Alkoholkonsum bereits im Jugendalter verbreitet ist. Wie die Schülerbefragung (HBSC) 2010 zeigt, trinken 27% der 15-jährigen Knaben mindestens wöchentlich Alkohol. Bei den Mädchen in der gleichen Altersgruppe sind es knapp 13%. Der Anteil Jugendlicher, die mindestens einmal pro Woche Alkohol konsumieren, war im Jahr 2002 massiv angestiegen und hat 2006 wieder abgenommen. Im Allgemeinen ist der Anteil der Jugendlichen, die mindestens ein Mal pro Woche Alkohol trinken, zwischen 2006 und 2010 ziemlich konstant geblieben. Hingegen ist ein Rückgang bei den 15-jährigen Mädchen festzustellen.

In der Befragung von 2010 gaben 28% der 15-jährigen Knaben und 21% der Mädchen an, schon mindestens zweimal in ihrem Leben betrunken gewesen zu sein.²⁵

Analyse / Vgl. Quellen

Die SAJV hat in ihrem Positionspapier „Position Alkoholkonsum. Eigenverantwortung und Jugendschutz!“ bereits eine Stellungnahme formuliert, die die Werte und Interessen der Pfadibewegung enthält.

Bewertung

Mit dem Entscheidraster PBS für Teilnahme an politischen Aktivitäten erhält man folgendes Bild:

Alkoholkonsum ist sicherlich auch ein Kinder- und Jugendpolitisches Thema.

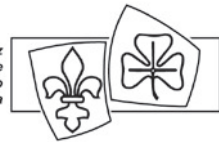
Das Thema betrifft die PBS nicht direkt. Ziel, Zweck, Auftrag etc. werden davon nicht tangiert.

Die dritte Frage ist überflüssig, da grundsätzlich jede Auseinandersetzung einen Vorsprung für spätere Diskussionen mit sich bringt.

Das Thema wird von Dritten bereits bearbeitet. Die Interessen der Pfadi werden insbesondere von der SAJV vertreten.

²⁴ Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) (2011). Medienmitteilung und Alkohol in Zahlen 2011.

²⁵ Sucht Info Schweiz (2011). Fokus Alkohol.



Verfügbarkeit von Zeit und Mitteln sollte für die Bearbeitung eines Themas nicht massgebend sein. Wenn es die Dringlichkeit erfordert, müssen die notwendigen Kapazitäten bereitgestellt werden.

Die Massnahme aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Bearbeiten** („nice to do“).

Mit dem neuen Entscheidungs raster erhält man folgendes Ergebnis:

Das Thema Alkoholkonsum betrifft Kinder und Jugendliche direkt. (3)

Das Thema wird von Partnerorganisationen bereits bearbeitet. (2)

Das Thema betrifft die operativen Tätigkeiten der PBS zum jetzigen Zeitpunkt wenig bis gar nicht. (1)

Das Thema betrifft die strategischen Ziele der PBS nicht. (1)

Es ergeben sich keine Konflikte mit unseren Grundlagen. (1)

Die Gesellschaft würde eine Haltung der Pfadi zu diesem Thema vermutlich begrüsen. (3).

14 von 23 Befragten Teilnehmenden am Gilwellkurs lehnt eine Haltung der PBS zum Thema ab. Weitere 7 würden das Thema lediglich lose verfolgen. (0)

Eine Haltung zum Thema birgt keinerlei Risiken für die PBS. (4)

Das Ergebnis aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Thema verfolgen aber nicht Bearbeiten**.

Vorteile

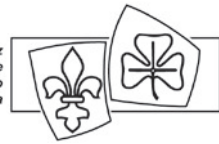
Eine eigene Stellungnahme/Lobbying der PBS zum Thema Alkoholkonsum würde keine Vorteile mit sich bringen. Die Interessenvertretung ist bei der SAJV in guten Händen.

Risiken

Durch eine eigene Stellungnahme der Pfadibewegung würde man sich unnötig exponieren und sich womöglich im Gastgewerbe/Detailhandel unbeliebt machen.

Position/ Empfehlung

Mit den gesetzlichen Grundlagen und den Bestrebungen zum Jugendschutz auf verschiedenen Ebenen, wird bereits viel für die Alkoholprävention unternommen. Wir erachten die geltenden Jugendschutzbestimmungen als angemessen. Mit der Präventionsstrategie der PBS (mit Projekten wie „Voilà“, „Rüeblichrut“ oder ähnlichen), werden diese Bestrebungen auf die Pfadi übernommen. Im Haltungspapier Suchtmittel steht dazu: „Der Umgang mit legalen und illegalen Suchtmitteln ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Als Jugendverband üben wir eine erzieherische Funktion auf unsere Mitglieder aus. Wir wissen um unsere Verantwortung. Auf allen Stufen wird der vernünftige und verantwortungsbewusste Umgang mit legalen Suchtmitteln immer wieder thematisiert. Die Pfadis haben ihrem Alter, ihrer Rolle und ihrer Aufgabe angepasste Verhaltensweisen. Dabei sprechen wir uns gegen Verbote aus, weil wir diese als nicht sinnvoll erachten. In unseren Handlungen bewegen wir uns aber immer im gesetzlich vorgegebenen Rahmen. Diese Haltung unterstreichen wir durch die Mitgliedschaft und einen engen Kontakt mit dem Gesundheitsförderungs- und Suchtpräventionsprogramm Voilà.“



Jugendgewalt

Definition

Gewalt heisst Ausübung oder Androhung von psychischem und physischem Zwang gegenüber Personen und Gruppen. Sie kann in den folgenden Formen auftreten, wobei die Aufzählung nicht vollständig ist: Gewalt gegenüber anderen oder sich selber, Gewalt gegenüber Seele, Geist und Körper, geschlechtsspezifische Formen von Gewalt sowohl verbaler als auch körperlicher Art (z.B. Vergewaltigung), häusliche Gewalt, Mobbing, verbale Gewalt. Im weiteren Verlauf sprechen wir nur von Gewalt, damit sind aber jeweils alle Formen von Gewalt wie zuvor definiert gemeint.²⁶

Die obige Definition stammt aus dem PBS Haltungspapier zum Thema Gewalt in der Pfadi. Das Gesellschaftliche und Politische Thema „Jugendgewalt“ betrifft aber jegliche Gewalt unter Jugendlichen oder von Jugendlichen ausgehend.²⁷ definiert das Thema wie folgt: **„Gewalt ist es, sobald es Opfer gibt!“** und gibt als mögliche Ursachen eine Mischung aus gesellschaftlichen Einflüssen, sozialen Hintergründen, persönlicher Hintergründe der Jugendlichen und entwicklungsbedingte Einflüsse. Es geht bei diesem Thema also nicht nur um eine Haltung der PBS gegen Gewalt in der Pfadi, sondern eher um eine allgemeine Haltung gegen Jugendgewalt.

Analyse / Vgl. Quellen

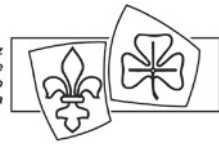
Nur in einem gewaltfreien Umfeld kann sich ein Kind unbelastet entwickeln und seine Fähigkeiten einbringen. Wir streben ein solch gewaltfreies Umfeld an. Die Pfadi steht Kindern und Jugendlichen aller gesellschaftlichen und sozialen Schichten und Kulturen offen. In dieser Verschiedenheit, die uns sehr wichtig ist, wollen wir ein friedliches und respektvolles Zusammenleben pflegen. Wir wollen eine offene Gesprächs- und Streitkultur anwenden. Gewalt sehen wir als ein Zeichen von Schwäche an. Das Verbot von Gewalt ist eine zentrale Bestimmung in den allgemeinen Menschenrechtsverträgen und auch die Verbandsleitung verurteilt jede Form von Gewalt.

Selbst Robert Baden-Powell, der Gründer unserer Bewegung hatte damals gesagt, wir Pfadis sollten versuchen die Welt ein bisschen besser zu hinterlassen als wir sie angetroffen haben. Wir verstehen darunter unter anderem auch die Welt etwas von Gewalt, insbesondere Jugendgewalt zu befreien. Wenn die PBS dies durch ihre Jugendarbeit und einem klaren, offenen Support möglicher politischer und gesellschaftlicher Programme gegen Jugendgewalt unterstützen kann, sollte sie dies auch tun.

Bei der Diskussion zum Thema Jugendgewalt geht es auch darum, wie man das Problem richtig bekämpfen könnte. Dies ist eine sehr politische Diskussion zu welcher alle, von ganz Links bis ganz rechts glauben, die richtige Lösung bereit zu halten. Von rechts wird beispielsweise gefordert, bereits früh Zwangsmaßnahmen (Freiheitsentzug) anzuwenden und jugendliche Gewalttäter allgemein viel härter anzupacken. Auf der anderen Seite, spricht sich die politische Linke sehr dafür aus, noch viel länger weiche Massnahmen (Therapien) anzuwenden um jugendlichen zu helfen. Sollte die PBS die eine oder andere Meinung zur Problemlösung favorisieren oder gar durch Voten und Lobbying unterstützen?

²⁶ PBS Haltungspapier zum Thema Gewalt in der Pfadi

²⁷ Jugendgewalt-nein.ch



Bewertung

Während das Raster der KoExKo verlangt, dass die PBS sich mit dem Thema auseinandersetzen sollte und eine Einmischung „nice to do“ wäre, kam eine Analyse mit unserem Raster zum Schluss, dass die PBS das Thema einfach verfolgen sollte.

Dieses Thema betrifft Kinder und Jugendliche direkt. Es wird von vielen externen Stellen sehr ausführlich behandelt. Ein direktes Handeln könnte sowohl unsere operativen Tätigkeiten, als auch unsere strategischen Ziele gefährden. Es würden sich aber keine Konflikte zu unseren Grundlagen ergeben. Wir glauben, dass die Gesellschaft keine direkte Verbindung vom Thema zur Pfadi herstellen kann und dass die wenigsten Mitglieder sich eine aktive Einmischung wünschen würden. Es könnte sogar das Risiko entstehen, dass die Bevölkerung plötzlich eine sehr starke Verknüpfung mit dem Thema und der Pfadi herstellen würde.

Um politisch unabhängig zu bleiben, sollte die PBS keine spezifischen Resolutionen einer Partei unterstützen, sondern vielmehr eine Stellung gegen Jugendgewalt im Allgemeinen einnehmen.

Vorteile

Eine eigene Stellungnahme/Lobbying der PBS zum Thema Jugendgewalt würde nur wenige Vorteile mit sich bringen. Allenfalls könnte man solche Aktionen als PR-Massnahmen einsetzen. Wir glauben aber, dass die Interessenvertretung bei der SAJV in guten Händen ist.

Für uns ist klar, dass durch ein Betonen (und stolz darauf sein), dass sinnvolle Freizeitbeschäftigungen der Jugendgewalt vorbeugt, auch ein klarer PR & Image-Vorteil für die Jugendarbeit im Allgemeinen und die PBS im Besonderen entstehen würde.

Risiken

Ein aktives Lobbyieren gegen Jugendgewalt außerhalb der Pfadi, beispielsweise durch gezielte Medien- und Werbekampagnen könnte viele Ressourcen für längere Zeit binden und womöglich auch unsere Fähigkeiten / Knowhow übersteigen.

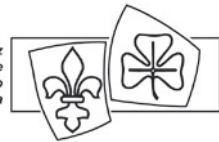
Eine übertriebene und zu häufige Kommunikation zum Thema Jugendgewalt könnte allenfalls den ungerechtfertigten Eindruck erwecken, dass die Pfadi selber ein Gewaltproblem hat.

Andere Risiken wie z.B. dass sich die Pfadi durch eine Stellungnahme gegen Jugendgewalt selber in Gefahr bringen könnte, z.B. durch gewaltbereite Jugendliche von ausserhalb, die Pfadilager/-Aktivitäten stören könnten, sehen wir als unrealistisch und unwahrscheinlich an.

Position / Empfehlung

Natürlich ist die PBS gegen jegliche Form von Jugendgewalt. Für die PBS gäbe es die Möglichkeit selber mit externen Präventions- oder Informationskampagnen gegen Jugendgewalt vorzugehen, oder sich politisch an der Lösung des Problems zu beteiligen. Dabei würde sich zum Beispiel die Frage stellen, ob die Pfadi sich allenfalls dafür/dagegen ausspricht, Jugendliche Gewalttäter härter anzupacken.

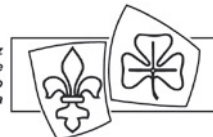
Wir glauben, dass die PBS im Kampf gegen Jugendgewalt nicht selber politisch oder gar durch eigene Massnahmen aktiv werden sollte, sondern dies vor allem durch ihr



Engagement bei der SAJV tun sollte. Wir sehen keine Notwendigkeit, eine eigene politische Haltung zur Frage wie man am besten gegen Jugendgewalt vorgeht zu entwickeln, sondern diejenige der SAJV zu übernehmen und zu unterstützen. Wenn überhaupt, sähen wir die Möglichkeiten der PBS eher in der Präventionsarbeit. Aber auch hier empfehlen wir vor allem eine Zusammenarbeit mit der SAJV und ähnlichen Partnern.

Die PBS sollte ihre Bemühungen und Präventivmaßnahmen im Kampf gegen Gewalt innerhalb der Pfadi weiterhin aufrechterhalten. Wir sind der Meinung, dass das Thema Gewalt für die PBS ein wichtiges Thema ist, welches durchaus auch einmal zu einem Schwerpunkt in der Ausbildung werden könnte. Gegen außen, so sind wir der Meinung, sollte die PBS bei Jugendgewaltdelikten die gleiche Meinung vertreten, die sie auch bei anderen Straftaten vertritt.

Die PBS könnte in einem PR-Kommuniqué darauf hinweisen wenn die Medien mal wieder dieses Thema aufgreifen oder bei der PBS um eine Meinung fragen sollten, dass sinnvolle Jugendarbeit, so wie sie die PBS anbietet, präventiv gegen Jugendgewalt wirkt. Und dann allenfalls auf die gemeinsame Position zu diesem Thema mit der SAJV hinweisen.



Prävention von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche

Definition

Als Straftat bezeichnet wird jede Handlung, welche nach Schweizerischem Recht geahndet und bestraft wird. „Straftaten gegen Kinder und Jugendliche“ beschreiben nachdem Gesetzesverstösse, bei welchen Kinder oder Jugendliche zu Schaden kommen. Dies beinhaltet insbesondere alle Formen von Gewalt **gegen** Kinder und Jugendliche.

Wie Gewalt in der PBS definiert wird, ist im Folgenden zu lesen:

Begriffserklärung

Gewalt heisst Ausübung oder Androhung von psychischem und physischem Zwang gegenüber Personen und Gruppen. Sie kann in den folgenden Formen auftreten, wobei die Aufzählung nicht vollständig ist: Gewalt gegenüber anderen oder sich selber, Gewalt gegenüber Seele, Geist und Körper, geschlechtsspezifische Formen von Gewalt sowohl verbaler als auch körperlicher Art (z.B. Vergewaltigung), häusliche Gewalt, Mobbing, verbale Gewalt.

Im weiteren Verlauf sprechen wir von Gewalt, damit sind alle Formen von Gewalt wie hier definiert gemeint.

28

Da wir in einem vorhergehenden Kapitel bereits zum Thema Jugendgewalt schreiben, fokussieren wir hier Übergriffe von Erwachsenen auf Kinder.

Analyse / Vgl. Quellen

Das Haltungspapier Gewalt beschreibt, dass die PBS jegliche Form von Gewalt verurteilt, weil Kinder sich nur so unbelastet entwickeln können.

Haltung der PBS

Nur in einem gewaltfreien Umfeld kann sich ein Kind unbelastet entwickeln und seine Fähigkeiten einbringen. Wir streben ein solch gewaltfreies Umfeld an. Die Pfadi steht Kindern und Jugendlichen aller gesellschaftlichen und sozialen Schichten und Kulturen offen. In dieser Verschiedenheit, die uns sehr wichtig ist, wollen wir ein friedliches und respektvolles Zusammenleben pflegen. Wir wollen eine offene Gesprächs- und Streitkultur anwenden. Gewalt sehen wir als ein Zeichen von Schwäche an. Das Verbot von Gewalt ist eine zentrale Bestimmung in den allgemeinen Menschenrechtsverträgen und auch die Verbandsleitung verurteilt jede Form von Gewalt.

29

Das Strategiepapier Gesellschaft verpflichtet zu aktiver Mitarbeit bei der Umsetzung der Kinderrechte.

2.3 Entwicklungsschwerpunkt 3

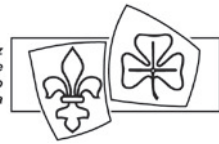
LOBBYIEREN:

Die Pfadi setzt sich aktiv für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein.

30

²⁸ Haltungspapier der Pfadibewegung Schweiz: Gewalt in der Pfadi

²⁹ Haltungspapier der Pfadibewegung Schweiz: Gewalt in der Pfadi



Bewertung

Sowohl das Raster der KoExKo als auch unser Ergebnis zeigen, dass es „nice to do“ wäre, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Umstrittener ist das Resultat der Gilwellumfrage: Die Antworten „need to do“ und „nicht bearbeiten“ halten sich da ziemlich die Waage. Dies kann damit zusammenhängen, dass unter dem bestehenden Titel sowohl vieles wie auch nichts verstanden werden kann.

Vorteile

Die PBS kann von ihrem „Cervelat-Image“, das in den Augen ihrer Mitglieder überholt ist, zu einem Verband avancieren, der sich für Themen engagiert, die über sein unmittelbares und ursprüngliches Kerngeschäft hinausgehen. Ältere Pfadis können ihr Handlungsfeld ausbauen. Es gibt keine Leute, die aktiv gegen den Schutz von Kindern und Jugendlichen sind. Mit den richtigen Argumenten sind auch Mitstreiter zu finden. Es gibt zum Beispiel mit dem Kinderschutz Schweiz verschiedene Vereine und Institutionen, die sich der Thematik widmen. Es kann sich lohnen, mit diesen zusammenzuarbeiten, da diese schon über entsprechende Erfahrung und Anerkennung verfügen.

Risiken

Die Pfadi bietet nur in seltenen Ausnahmen das Umfeld, in dem Erwachsene Straftaten gegenüber Kindern begehen. Allenfalls könnten solche Probleme bei einer aktiven Stellungnahme auf den Verband projiziert werden. Die Pfadi verliert zunehmend ihre ursprüngliche Gestalt, Traditionen treten in den Hintergrund. Der Wiedererkennungseffekt sinkt entsprechend. Grosses politisches Lobbying frisst enorme zeitliche und personelle Ressourcen. Vorwiegend ältere Pfadis sind für diese Arbeit zu begeistern und verfügen über die politische Anerkennung bzw. Einflussmöglichkeit. Diese entfallen dann für andere Aufgaben. Es ist fraglich, ob sich die Pfadis auf Abteilungs- und Kantonebene damit identifizieren können und welchen Nutzen sie erfahren.

Position / Empfehlung

Es ist sehr wünschenswert, wenn sich die PBS zu einem echten Sprachrohr für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen und deren Schutz etabliert. Sicher sind in vielen Themenbereichen auch die verbandsinternen Meinungen kompatibel. Die absolute Ablehnung von Gewalt etwa. Aktuell bestehen aber nur punktuell Themenbereiche, die die PBS direkt betreffen und deshalb prioritär behandelt werden können. Kinderschutz an sich ist ein riesiges Thema und als Flaggschiff für einen Verband mit anderen Kernaufgaben eine Überforderung. Mit den Haltungspapieren zu Gewalt an sich und mit den Schwerpunkten im Bereich der sexuellen Ausbeutung ist sicher bereits heute ein wichtiger Grundstein gelegt.



Stipendieninitiative

Definition

Die Schweiz braucht ein Stipendiensystem, das allen Staatsangehörigen prinzipiell eine Ausbildung ermöglicht. Ausbildungsbeihilfen werden nach kantonal uneinheitlichen Kriterien und mit unterschiedlichen Beitragsansätzen vergeben. Damit hängt der Erhalt von Unterstützungsbeiträgen in erster Linie vom Wohnkanton ab und nicht von der tatsächlichen finanziellen Situation.

Ziel der Initiative ist eine Harmonisierung des Stipendienwesens. Sie ist ein konsensorientierter Vorschlag, der den Grundsatz der Harmonisierung als Bundeskompetenz zu verankern beabsichtigt.

Mit der Initiative möchte der VSS erreichen, dass Schweizer Studierende Ausbildungsbeiträge erhalten können, die ihnen einen minimalen Lebensstandard garantieren. Dabei geht es um ein gerechtes Bildungssystem, das den Zugang zu Bildung nicht mehr von den finanziellen Möglichkeiten von Einzelpersonen und Familien abhängig macht.³¹

Analyse / Vgl. Quellen

1.1 Interne Analyse

Stärken

- Leiterinnen und Leiter sind engagiert: Hohe Identifikation, hohe Begeisterungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft.
- Qualitativ hochstehendes Ausbildungs- und Betreuungssystem vorhanden.
- Ausbildungskurse werden oft als sehr motivierend wahrgenommen.
- Die Pfadi ist ein Lernfeld/-pfad: Werte und Fähigkeiten werden ins Leben nach der Pfadi mitgenommen und gelebt.
- Pfadi bietet Möglichkeit, sich zu verwirklichen, und Freiräume zu nutzen.

Schwächen

- Leute wandern ab, weil sie keine Perspektive sehen (Leitermangel, hohe Belastung, „Verheizen“ junger Leiter und Leiterinnen, falsch eingesetzte Leiter und Leiterinnen; Frust aufgrund Teilnehmermangel).
- Image der PBS nach aussen: Veraltetes Bild der Pfadi, falsches Bild, teilweise geringe Wertschätzung durch Umfeld. Pfadi wird nicht als „Ausbildungsstätte“ wahrgenommen.
- Umsetzung Ausbildungs- und Betreuungsmodelle: Ausbildungsqualität je nach KV sehr unterschiedlich, Betreuungsmodell noch nicht umgesetzt.
- Messung der Qualität der Ausbildung schwierig umsetzbar.

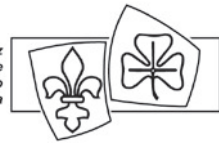
32

Bewertung

Die Pfadi funktioniert in der Schweiz nur dank dem riesigen Engagement von Freiwilligen. Deren Arbeit soll vom Verband wo immer möglich unterstützt werden und attraktiv sein. Ein Grossteil der auf Kantons- und Bundesebene Tätigen sind Studierende. Es gehört zu ihrem Recht neben dem Studium einer Freizeitbeschäftigung wie der Pfadi nachzugehen. Die Anerkennung der non-formalen Bildung als Aspekt des ehrenamtlichen Engagements, also quasi sie in ihrer Funktion als Auszubildende, darf dabei nicht vergessen werden.

³¹ Argumentarium Stipendieninitiative, Verband der Schweizer Studierendenschaften; www.stipendieninitiative.ch; 11.11.2011

³² Strategiepapier Gesellschaft



Wir pflegen unser weitreichendes Netzwerk und den Kontakt mit unseren lokalen und internationalen Partnern. Die internationale Dimension unserer Bewegung erlaubt uns, uns selber als Weltbürger zu erleben und trägt zudem zu unseren pädagogischen Grundlagen bei. Durch unsere lokalen Partner fördern wir den Austausch und das Engagement zugunsten der Gesellschaft. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit beider Geschlechter und die Ehrenamtlichkeit prägen die Pfadiarbeit.

33

Das Raster der KoExKo ergibt, dass es „nice to do“ wäre, sich mit diesem Thema auseinander zusetzen. Unser Raster dagegen schlägt vor, die Thematik zu verfolgen, nicht aber zu bearbeiten. Der Gilwellumfrage zu entnehmen, sind die Mitglieder mit dem Resultat des Rasters der KoExKo einig.

Vorteile

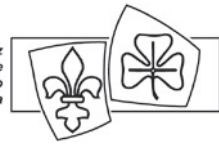
Grundsätzlich ist nicht davon auszugehen, dass die Stipendiengelder an sich steigen. Im besten Fall ist eine Harmonisierung zwischen den Kantonen zu erwarten. Es wird also kein finanzieller Mehraufwand generiert, was der Gesellschaft entgegenkommt.

Risiken

Es ist für viele nicht klar, dass und wie Pfadi und Ausbildung zusammenhängen. Der Umweg über die Freiwilligenarbeit kann die Kommunikation erschweren.

Position/ Empfehlung

Es ist zu empfehlen, dass sich die PBS in dieser Thematik stark macht. Besonders als Zeichen der Anerkennung der geleisteten Arbeit gegenüber ihren Leitenden in den eher benachteiligten Kantonen.



Wehrpflicht

Definition

Aufgabe der nationalen Sicherheitspolitik ist es, die Freiheit und Sicherheit in der Schweiz auf lange Sicht zu wahren. Teil davon ist die Schweizer Armee. Die Bundesverfassung und das Militärgesetz übertragen der Armee drei Aufgaben:

- Verteidigung
- Unterstützung der zivilen Behörden
- Friedensförderung im internationalen Rahmen

Die Schweiz gilt als klassisches Beispiel einer Milizarmee. Als Milizarmee werden Streitkräfte bezeichnet, die zum größten Teil oder vollständig erst im Bedarfsfall aus Wehrpflichtigen aufgestellt werden. Milizarmeen haben im Frieden meist nur sehr schwache Stäbe aus Rahmen- und Ausbildungspersonal. Ihr Material wird in Depots gelagert. Die Miliz steht somit im Gegensatz zu stehenden Streitkräften.

In der Schweiz gilt für männliche Bürger gemäß Art. 59 der Bundesverfassung die allgemeine Dienstpflicht. Im Abs. 1 dieses Artikels sieht die Verfassung seit 1992 einen zivilen Ersatzdienst vor (Zivildienst). Für Schweizerinnen ist der Militärdienst freiwillig. Die Wehrpflicht dauert gemäß Art. 13 Militärgesetz in der Regel vom 20. bis 34. Altersjahr (für Mannschaftsdienstgrade, Unteroffiziere und Offiziere bis Oberleutnant). Die Pflichtigen werden solange zu jährlichen Wiederholungskursen aufgeboten, bis eine dienstgradbezogene Anzahl von anrechenbaren Tagen erreicht ist. Für die Mannschaftsdienstgrade beträgt diese Zahl höchstens 262 Tage (siehe Schweizer Armee). Für Grade ab Hauptmann gibt es keine fixe Obergrenze. Sie leisten grundsätzlich sämtliche Dienstleistungen ihrer Einteilungsformation. Hauptleute werden im Alter von 42 Jahren entlassen, Majore im Alter von 50 (vgl. die Militärdienstverordnung (MDV)).

Die Nichterfüllung der Militärdienstpflicht ist strafbar nach Art. 81 ff. des Militärstrafgesetzes. Erst seit 1996 besteht für militärdienstpflichtige Personen in der Schweiz die Möglichkeit, ihre Wehrpflicht im Rahmen eines zivilen Ersatzdienstes (Zivildienst) zu erfüllen.³⁴

Per 1. April 2009 wurde auch die sogenannte „Gewissensprüfung“ abgeschafft, bei der die Zivildienstwilligen nach entsprechender Gesuchstellung eine Anhörung über sich ergehen lassen mussten.

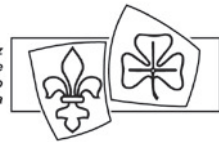
Im Mai 2011 lehnte der Nationalrat mit 117 zu 53 Stimmen eine parlamentarische Initiative ab, die eine Sistierung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt hat. Derzeit werden Unterschriften für die Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ gesammelt. Voraussichtlich wird die Initiative Anfang 2012 zustande kommen.³⁵

Analyse / Vgl. Quellen

Bei der Definition sehen wir, dass die Wehrpflicht mit den drei Grundaufträgen der Schweizer Armee verknüpft ist, die je nach Sichtweise unterschiedlich zu den Grundlagen der Pfadibewegung verhalten. Diese Arbeit kann und will die Kriegsführung mit resp. die Anwendung von Waffengewalt weder legitimieren noch verurteilen. Wir können unmöglich die moralische Grundsatzdiskussion für den ganzen Verband füh-

³⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/Wehrpflicht#Schweiz>

³⁵ http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/der_schweizer_ist_und_bleibt_wehrpflichtig_1.10767645.html



ren. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Verbandsleitung im Haltungspapier „Gewalt in der Pfadi“ jede Form von Gewalt verurteilt. Wie oben beschrieben, dient die Schweizer Armee verschiedenen Zwecken, weshalb wir uns auf die Betrachtung der Wehrpflicht als irgendeinen gemeinnützigen Dienst an der Gesellschaft beschränken.

Somit, können wir ohne Weiteres eine Verbindung zu den Pfadigesetzen „Uns entscheiden und Verantwortung tragen“ oder etwa „Schwierigkeiten mit Zuversicht begegnen“ herstellen. Auch die Passage „mich in jeder Gemeinschaft einzusetzen, in der ich lebe“ aus dem Versprechen, will uns ermuntern, uns in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Im Sinn einer freien Entfaltung der Jugendlichen befürworten wir die Auswahlmöglichkeiten zwischen der Wehrpflicht und dem zivilen Ersatzdienst. Wir unterstützen auch die Möglichkeit, waffenfreien Dienst zu tun.

Es ist bedauerlich, wenn Jugendliche in Leiterpositionen oder in der Ausbildung während der Rekrutenschule oder Wiederholungskursen keinen persönlichen Urlaub für Lager/Kurse erhalten. Daher wäre es wünschenswert, wenn dereinst auch solche Tätigkeiten (vgl. Jugendurlaub) als anrechenbare Dienstage gelten und somit gleichwertig wie der Militärdienst angesehen würden.

Bewertung

Mit dem Entscheidraster PBS für Teilnahme an politischen Aktivitäten erhält man folgendes Bild:

Die Wehrpflicht ist zumindest teilweise ein Jugendpolitisches Thema.

Das Thema betrifft die PBS nicht. Ziel, Zweck, Auftrag etc. werden davon nicht tangiert.

Die dritte Frage ist überflüssig, da grundsätzlich jede Auseinandersetzung einen Vorsprung für spätere Diskussionen mit sich bringt.

Es deutet wenig darauf hin, dass sich andere Sportverbände oder die SAJV gegenwärtig mit dem Thema befassen. Die Pfadi könnte sich hier abheben oder Impulse setzen.

Verfügbarkeit von Zeit und Mitteln sollte für die Bearbeitung eines Themas nicht massgebend sein. Wenn es die Dringlichkeit erfordert, müssen die notwendigen Kapazitäten bereitgestellt werden.

Die Massnahme aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Bearbeiten** („need to do“).

Mit dem neuen Entscheidungsraster erhält man folgendes Ergebnis:

Die Wehrpflicht ist zumindest teilweise ein Jugendpolitisches Thema. (3)

Das Thema wird von Dritten wenig bearbeitet, wodurch sich die Pfadi von ihnen abheben könnte. (3)

Das Thema betrifft die operativen Tätigkeiten der PBS nicht. (1)

Das Thema betrifft die strategischen Ziele der PBS nicht. (1)

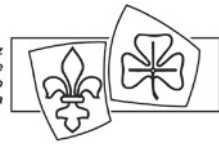
Es ergeben sich keine Konflikte mit unseren Grundlagen. (1)

Die Gesellschaft erwartet vermutlich keine Positionierung der Pfadi zu diesem Thema. (2).

15 von 19 Befragten Teilnehmenden am Gilwellkurs lehnt eine Haltung der PBS zum Thema ab. (0).

Je nach Positionierung besteht das Risiko, sich „Feinde“ zu schaffen. (2)

Das Ergebnis aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Thema verfolgen aber nicht bearbeiten** („nice to do“).



Vorteile

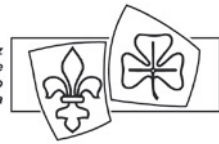
Ob der Militärdienst aus Jungen Männer macht, sei dahingestellt. Es ist jedoch wichtig für Jugendliche, soziales/gemeinnütziges Engagement als Erfolg erleben zu können.

Risiken

Das Risiko einer „unbequemen“ Stellungnahme zum Thema Wehrpflicht könnte gute Partner der Pfadibewegung irritieren. Das Bundesamt für Sport (BASPO), von wo die Mittel für Jugend und Sport (J+S) stammen, ist dem Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS zugeordnet. Auch die Leihmaterialverwaltung gehört zum BASPO. Für die Aufrechterhaltung der operativen Tätigkeiten ist die PBS auf diese Unterstützung angewiesen.

Position / Empfehlung

Bei der Bewertung gehen die erhaltenen Resultate leicht auseinander. Nach dem alten Beurteilungsraster müsste der Verband Grundsatzdiskussionen führen, sich Wissen aneignen, am Ball bleiben und eine Aktion nach aussen in Betracht ziehen. Nach dem neuen Raster ist die Rolle der PBS zu diesem Thema zurückhaltender. Wir empfehlen dem Verband, in dieser Frage keine Position zu beziehen.



Atomausstieg

Definition

Kernenergie aus Atomkraftwerken zählt zu den nuklearen Energiequellen und bedeutet vereinfacht, kommerzielle Energiegewinnung mittels Atomspaltung. In der Schweiz kommt der Strom heute zu rund 40 % aus den fünf Reaktoren und dient der Grunddeckung des Strombedarfs.³⁶

Die Vorteile der Kernenergie liegen auf der Hand: Kernreaktionen erzeugen mehr Energie pro Masse als chemische Reaktionen und sind daher effizienter. Im Gegensatz zur fossilen Energie verursacht die Atomenergie insgesamt einen viel geringeren CO₂-Ausstoss und trägt damit weniger zur Klimaerwärmung bei. Im Gegensatz zu vielen erneuerbaren (regenerativen) Energien ist die Atomenergie konstant in grossen Mengen verfügbar und dadurch auch finanziell konkurrenzfähig.

Aber auch die Probleme der Kernenergie sind schwerwiegend: Sie benötigt und/oder erzeugt radioaktives Material wie beispielsweise Uran. Uran selbst ist jedoch eine knappe Ressource, die nach aktuellen Schätzungen in ca. 60 Jahren erschöpft sein wird. Der radioaktive Abfall eines Kernkraftwerkes strahlt auch nach Jahrzehnten noch stark und ist erst nach tausenden von Generationen abgeklungen. Bis heute ist weltweit kein einziges Endlager (geologisches Tiefenlager) für hoch radioaktiven Abfall realisiert.³⁷

Zahlreiche z.T. prominent gewordene Störfälle wie Tschernobyl (1986) oder Fukushima (2011) machen die zerstörerischen Kräfte dieser Technologie deutlich. Das Restrisiko der Kernenergie ist höher als ursprünglich angenommen. Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Dies hat in der jüngsten Vergangenheit in der Schweiz und Deutschland zu einem Umdenken in der Energiepolitik geführt. Sprach sich der Bundesrat im Jahr 2007 noch für den Bau neuer Atomkraftwerke aus, ist der mittelfristige Atomausstieg inzwischen besiegelt – mit Vorbehalten. Das Parlament beauftragte den Bundesrat unlängst, keine neuen AKW zu bewilligen. Jedoch ohne die Kernenergieforschung zu verbieten. Mit der Revision des Kernenergiegesetzes besteht die Möglichkeit, noch einmal auf diesen Entscheid zurückzukommen.³⁸

Analyse / Vgl. Quellen

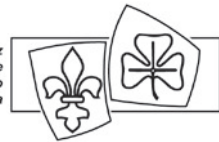
Die Pfadibewegung soll gemäss ihren Statuten zu einem „umweltgerechten Verhalten motivieren“. Im Leitbild steht „Besonderen Wert legen wir auf (...) den respektvollen Umgang mit der Natur“ und das Pfadigesetz gebietet Sorge zu tragen zur Natur und zu allem Leben.

Der Mensch braucht Energie für sein (Über-)leben. Nicht einmal die einschlägigen Umweltorganisationen bestreiten, dass der Bedarf an Energie in unserer postindustriellen Gesellschaft laufend steigt. Natürlich tragen wir mit sparsamem Energieverbrauch und Effizienzsteigerung am besten Sorge zur Natur. Dennoch benötigen wir Energie. Jede Energiequelle hat ihre Vor-/Nachteile und es ist schwer, eine unabhängige Beurteilung über die Umweltverträglichkeit im Einzelnen zu erhalten. Im Fall der Atomenergie steht ausser Frage, dass der hochradioaktive Atommüll, den wir

³⁶ <http://www.kernenergie.ch/de/schweizer-strommix.html>

³⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Kernenergie>

³⁸ http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/nationalrat_bekraeftigt_atomausstieg_1.13532807.html



kommenden Generationen hinterlassen, eine gigantische Hypothek darstellt. In diesem Zusammenhang sei an einen der meistzitierten Aussprüche des Gründers erinnert: „Verlasse die Welt ein bisschen besser, als du sie angetroffen hast“. Eine Passage aus den fünf Beziehungen, mit denen sich die PBS auf die Grundlagen der beiden Weltbünde stützt, besagt: „Der Schutz von Natur und Umwelt ist uns dabei ein ebenso wichtiges Anliegen, wie der respektvolle Umgang mit den Ressourcen der Erde“. Aus diesen Gründen ist aus Sicht der Pfadibewegung grundsätzlich jede Energieform kritisch zu hinterfragen und sorgfältig abzuwägen. Der Verband sollte sich für einen bewussten Energiekonsum einsetzen.

Bewertung

Mit dem Entscheidraster PBS für die Teilnahme an politischen Aktivitäten erhält man folgendes Bild:

Atomenergie und Energiepolitik sind kein Kinder- und Jugendpolitisches Thema (obschon die kommenden Generationen von diesem speziellen Beispiel in besonderem Ausmass betroffen sind).

Das Thema betrifft die PBS höchstens finanziell (indem auch sie vom Billigstrom aus AKW profitiert). Ziel, Zweck, Auftrag etc. werden davon aber nicht tangiert.

Die dritte Frage ist überflüssig, da grundsätzlich jede Auseinandersetzung einen Vorsprung für spätere Diskussionen mit sich bringt.

Das Thema wird von Dritten kaum bearbeitet, wodurch sich die Pfadi von ihnen abheben könnte.

Verfügbarkeit von Zeit und Mitteln sollte für die Bearbeitung eines Themas nicht massgebend sein. Wenn es die Dringlichkeit erfordert, müssen die notwendigen Kapazitäten bereitgestellt werden.

Die Massnahme aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Bearbeiten** („nice to do“).

Mit dem neuen Entscheidungsraster erhält man folgendes Ergebnis:

Atomenergie und Energiepolitik sind kein Kinder- und Jugendpolitisches Thema (obschon die kommenden Generationen von diesem speziellen Beispiel in besonderem Ausmass betroffen sind). (1)

Das Thema wird von Dritten kaum bearbeitet, wodurch sich die Pfadi von ihnen abheben könnte. (3)

Das Thema betrifft die operativen Tätigkeiten der PBS nicht. (1)

Das Thema betrifft die strategischen Ziele der PBS nicht. (1)

Einzelne Punkte der Grundlagen werden durch das Thema gefährdet. (3)

Die Gesellschaft würde eine Haltung der Pfadi zu diesem Thema vermutlich begrüsen. (3).

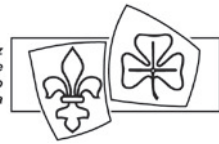
12 von 17 Befragten Teilnehmenden am Gilwellkurs lehnt eine Haltung der PBS zum Thema ab. (0).

Da die schweizer Atomlobby die Pfadibewegung vermutlich nicht als ernstzunehmende Bedrohung ansehen würde, birgt eine Haltung keinerlei Risiken für die PBS. (4)

Das Ergebnis aufgrund dieses Rasters wäre folglich **Bei Gelegenheit Bearbeiten** („nice to do“).

Vorteile

Mit einem Engagement zu diesem Thema, kann die Pfadibewegung der Öffentlichkeit zeigen, dass ihr Umweltfragen nicht gleichgültig sind. Eine Atom-Kampagne könnte möglicherweise auch einen Werbeeffect haben.



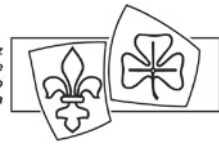
Risiken

Obschon die Umwelt ein wichtiges Anliegen für die Pfadibewegung ist, sollen Pfadi in der Öffentlichkeit nicht als Umweltaktivisten oder ökologische Fundamentalisten wahrgenommen werden. Da es der Pfadibewegung auf diesem Gebiet offenkundig an Expertenwissen mangelt, muss mit grosser Vorsicht vorgegangen werden, um nicht die Glaubwürdigkeit zu gefährden.

Position/ Empfehlung

Die vorgenommenen Bewertungen führen zu einer Übereinstimmung: Es besteht keine Dringlichkeit, das Thema zu bearbeiten, jedoch wäre es sicher ratsam, Grundsatzdiskussionen zu führen, eine gemeinsame Meinung zu finden und das Thema weiter zu verfolgen. Eventuell wäre eine Haltung nach aussen zum späteren Zeitpunkt vorbildlich und sinnvoll.

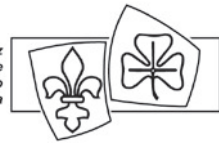
Da der Atomausstieg bis zur Revision des Atomenergiewetzes weniger heiss diskutiert wird, kommt einer Stellungnahme zurzeit eine untergeordnete Bedeutung zu. Später jedoch könnte die Pfadi zum allgemeinen Meinungsbildungsprozess oder zum bewussteren Stromverbrauch und zum sinnvollen Umgang mit Ressourcen beitragen (ohne eine Meinung zur Atomenergie zu vertreten) und so ihrem Image in der Öffentlichkeit eine neue Facette verleihen.



Zusammenfassung

Um zu Schluss eine Übersicht über alle Themen und die Haltungen nach verschiedenen Rastern/Personengruppen zu erhalten, werden die Resultate in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Thema	Resultat PBS	Resultat Kurs	Resultat Projekt
Jugendpartizipation	Need to do	Nicht einmischen	Need to do
Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren	Nice to do	Nicht einmischen	Nice to do
Anerkennung non formaler Bildung	Nice to do	Nicht einmischen	Need to do
Jugendarbeitslosigkeit	Nice to do	Nicht einmischen	Thema verfolgen
Jugendurlaub	Need to do	Need to do	Need to do
Chancengleichheit für Jugendliche mit Migrationshintergrund	Need to do	Need to do	Need to do
Sans-Papiers	Nice to do	Nicht einmischen	Nice to do
Homo- und Bisexualität	Nice to do	Nicht einmischen	Thema verfolgen
Drogenfreigabe	Thema verfolgen	Nicht einmischen	Thema verfolgen
Alkoholkonsum	Nice to do	Nicht einmischen	Thema verfolgen
Jugendgewalt	Nice to do	Nice to do	Thema verfolgen
Prävention von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche	Nice to do	Nice to do	Thema verfolgen
Stipendieninitiative	Nice to do	Nice to do	Thema verfolgen
Wehrpflicht	Need to do	Nicht einmischen	Thema verfolgen
Atomausstieg	Nice to do	Nicht einmischen	Nice to do



Ausblick

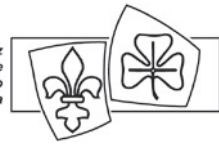
Zunächst geht die vorliegende Arbeit an die Auftraggeberin Andrea Adam v/o Zora. Wir stellen uns vor, dass sie im Anschluss in Zusammenarbeit mit der Verbandsleitung entscheidet, was mit den vorhandenen Resultaten weiter geschehen soll. Neben der Verbandsleitung kann auch der Vorstand diesen Entscheidungsprozess unterstützen und somit die mittelfristige Ausrichtung des Verbands in politischen Angelegenheiten beeinflussen.

Es geht im Wesentlichen darum, aufbauend auf diese Arbeit eine Priorisierung der diskutierten Themen vorzunehmen und diese allenfalls in den betreffenden Kommissionen weiter und vertiefter zu bearbeiten. Zum Beispiel in der Kommission für Ehrenamtliche könnte man die Themen Jugendurlaub oder Anerkennung non formaler Bildung weiterentwickeln und entsprechende Haltungs-/Positionspapiere formulieren. Daraus können sich Projekte ergeben, die aufgrund ihrer Aktualität unterschiedlich rasch geplant und in Angriff genommen werden sollten.

Neben der auf Bundesebene zu leistenden Arbeit, ist es zentral, die Kantonalverbände bereits früh in den Meinungsbildungsprozess miteinzubeziehen. Nur so kann die PBS ihr politisches Engagement glaubwürdig an der Basis verankern.

Auf dem Mindmap eingangs dieser Arbeit haben wir noch weitere Themen umrissen, die für die Pfadibewegung von Bedeutung sein könnten. Wir halten es für wichtig dass die operative Verbandsleitung weiterhin die politische Agenda und gesellschaftliche Vorgänge verfolgt und nötigenfalls aus Eigeninitiative Themen aufgreift. Für diesen Zweck stellen wir gerne das von uns entwickelte Bewertungsraster zur Verfügung.

Uns ist bewusst, dass die Ressourcen des Verbandes begrenzt sind und daher empfehlen wir unbedingt, die vorhandenen Synergien/Interessenvertretungen (z.B. mit der SAJV) zu nutzen und primär als Verband aktiv zu werden, wenn dies zwingende Vorteile mit sich bringt. Bereits bestehende Kontaktgefässe wie das Parlamentarierfrühstück, der Aufbau der Silver Scouts oder die Arbeit der KoExKo an sich sollen zudem innerhalb des Verbandes ausgebaut werden. Auch die Koordination der bereits bestehenden Organe mit dem Projekt PBS Holding soll weiter vorangetrieben und die entsprechenden Kontakte genutzt werden.



Projektbericht

In diesem letzten Teil unserer Gilwellarbeit wollen wir nun noch kurz ein Resümee über das Projekt ziehen und besprechen, wie wir vorgegangen sind:

Das Projektziel

Das Ziel unseres Projektes war es einen Bericht zu erstellen, der unsere Analyse zu ausgewählten politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern präsentiert. Es ging darum in diesem Bericht zu den einzelnen Themen aufzuzeigen, ob und weshalb oder weshalb nicht die PBS eine Meinung entwickeln sollte, wie diese aussehen könnte und wo die Risiken einer solchen Haltung liegen könnten.

Die Motivation zur Wahl des Projektes

Es motivierte uns sehr, dass ein Projekt zu wählen, welches eine herausfordernde, offen formulierte Aufgabenstellung war, die uns viel Freiraum bei der Ausarbeitung des Projektes ließ. Ausserdem war es uns wichtig, uns mit einem Projekt zu beschäftigen, welches sich mit unseren Grundlagen und Strategien auf Bundesebene befasst.

Die Projektplanung

Der Start unseres Projekts war sehr schwierig, da wir im Kurs selber kaum vom Fleck kamen. Es gestaltete sich besonders herausfordernd, sich erstmals auf ein gemeinsames Verständnis des Projektes und unseres genauen Auftrages zu einigen. Wir haben geplant, uns nach dem Kurs drei mal in Olten zu treffen und ansonsten selbstständig zu arbeiten und uns regelmäßig via E-Mail und Skype auf den aktuellen Stand zu bringen. Zudem wollten wir uns auch regelmäßig mit unseren Betreuer (Top) und unserem Auftraggeber (Zora) absprechen. Wir haben unser Vorgehen grundsätzlich in 4 Phasen geteilt: Planungsphase, in der wir uns Gedanken machen wollten, wie wir vorgehen wollten. Dann kamen wir in die Analysephase, in welcher wir begannen Material und Unterlagen für unsere Arbeit zu sammeln und zu sichten. Dann begann die Realisierungsphase, in welcher die Themen bearbeiteten und unseren Bericht zu schreiben begannen. Als letztes folgte dann die Abschlussphase, in welcher wir unseren Bericht fertiggestellt und noch einmal überarbeitet haben.

Die Realisierung des Projektes

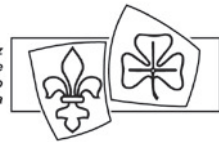
Die Realisierung unseres Projektes verlief grundsätzlich nach unserer Planung. Wir trafen uns regelmäßig zu unseren Sitzungen, verteilten unsere Aufgaben und arbeiteten selbstständig weiter um unsere Ergebnisse an der nächsten Sitzung wieder zu besprechen. Etwas zu kurz kamen leider die Rücksprachen mit unserem Betreuer und Auftraggeber.

Umschreibung des Projekthöhepunktes

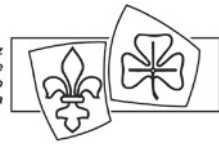
Ein besonderer Höhepunkt für uns war natürlich die Möglichkeit, sich vertieft mit dem Thema auseinander zu setzen. Unsere gemeinsamen Treffen waren immer spannend und produktiv.

Projektabschluss und Evaluation

Schwierigkeiten bestanden vor allem darin, dass es ein sehr umfangreiches Thema ist und es uns oft schwer fiel, das Themengebiet abzugrenzen. Hier wäre ein klarerer Projektauftrag und eine engere Zusammenarbeit mit unserer Auftraggeberin sicher-



lich sinnvoll gewesen. Auf der anderen Seite war es extrem spannend ein so großes und umfassendes Thema in eine anschauliche und verständliche Form zu bringen. Dies war wohl auch der ausschlaggebende Punkt, der uns so besonders an diesem komplexen Thema gereizt hatte. Grundsätzlich hat uns die Arbeit an diesem Projekt Spass gemacht. Wir hoffen, dass unsere Arbeit auch Anwendung in der zukünftigen Strategie und Kommunikation der PBS findet.



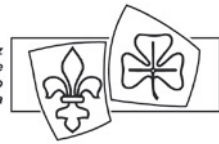
Kontaktinformationen

Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung:

Gina Kalt v/o Duffy
gina.kalt@pbs.ch

Benz Christen v/o Husky
husky@pfadi.ch

Thomas Hirt v/o Kirk
thomas.hirt@pbs.ch



Quellen

Literaturverzeichnis

Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) (2011). Medienmitteilung und Alkohol in Zahlen 2011.

Schweizerische Gemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) (2011). Position Jugend und Arbeit. Der Arbeitsmarkt muss den Jungen Perspektiven bieten!

Sucht Info Schweiz (2011). Fokus Alkohol.

Internetquellen

http://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualit%C3%A4t_in_der_Schweiz

http://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualit%C3%A4t#Demografische_H.C3.A4ufigkeit

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kernenergie>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Wehrpflicht#Schweiz>

<http://www.jugendarbeitslosigkeit.ch/?p=552>

http://www.jugendarbeitslosigkeit.ch/wp-content/uploads/2012/01/dez_11.pdf

<http://www.kernenergie.ch/de/schweizer-strommix.html>

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/der_schweizer_ist_und_bleibt_wehrpflichtig_1.10767645.html

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/nationalrat_bekraeftigt_atomausstieg_1.13532807.html

<http://www.tschau.ch/beziehung/sexualitaet/homo-und-bisexualitaet/>

<http://www.sajv.ch/de/politik/positionen/positionen-freiwilligenarbeit/position-non-formale-bildung>

<http://www.jugendgewalt-nein.ch>